

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 01/2009

(19.12.2008 - 09.01.2009)

Aus dem Rat

Richtlinie zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen

Die Richtlinie zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen (im Folgenden: EE-Richtlinie) ist der wohl kommunalrelevanteste Teil des am 12. Dezember 2008 von den Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Klima- und Energiepaketes (vgl. Brüssel Aktuell 38/2008). Die Zustimmung des EU-Parlamentes folgte am 17. Dezember 2008. Ziel der EE-Richtlinie ist es, den Anteil erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung sowie beim Heizen und Kühlen von Gebäuden in der EU bis zum Jahr 2020 auf mindestens 20 % zu erhöhen. Zusätzlich sollen mindestens 10 % aller Kraftstoffe im EU-Verkehrssektor aus erneuerbaren Energien gewonnen werden...

Aus dem Ausschuss der Regionen

Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation 2009: Aufruf zur Teilnahme an kreative Regionen und Städte

Die Europäische Union hat 2009 zum Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation erklärt. Die Bedeutung geistigen Schaffens für die persönliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung soll damit herausgestellt werden. Der Ausschuss der Regionen (AdR) und die Europäische Kommission organisieren in diesem Kontext am 20. und 21. April 2009 ein Forum in Brüssel, das die Kreativität der europäischen Regionen und Städte darstellen soll. Das Forum hat zwei Hauptziele: Aufbau einer Plattform für den Austausch von Best Practice-Beispielen und Vorstellung von 100 jungen kreativen Talenten aus ganz Europa...

Förderprogramme

Kommunalpartnerschaften: Neuerungen ab 2009

Die Europäische Kommission hat am 23. Dezember 2008 im EU-Amtsblatt C 328 die Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ für das Jahr 2009 veröffentlicht. Für Kommunen besonders interessant sind/bleiben die vier Maßnahmen der sog. Aktion 1 „Aktive Bürger/innen für Europa“, über die europäische Kommunalpartnerschaften bzw. Projekte mit aktiver Bürgerbeteiligung aus verschiedenen europäischen Kommunen gefördert werden. Bei den Antragsfristen und Förderbedingungen haben sich ab 2009 teilweise Neuerungen ergeben...

EU-Depeschen

- *Förderung von Partnerschaften mit Kommunen der südlichen und östlichen Nachbarn der EU*
- *Lockerung bei Einnahmen schaffenden Projekten im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung*
- *Aufruf zur Bewerbung um den „European Public Sector Award 2009“*
- *Tschechische Ratspräsidentschaft präsentiert ihr Arbeitsprogramm*
- *Kommunales Europaseminar des Verbands „Region Stuttgart“ am 29 Januar in Ludwigsburg*
- *Befristete Anhebung der Schwelle für „De-minimis“-Beihilfen - Richtigstellung*

In eigener Sache

- *Europabüro der bayerischen Kommunen: Neue Leiterin*
 - *Brüssel Aktuell-Jahresverzeichnis 2008*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 02/2009

(09. - 16.01.2009)

Aus der Kommission

Konsultation zur Zukunft des Personalwesens im Gesundheitsbereich eingeleitet

Noch in den letzten Tagen des vergangenen Jahres hat die EU-Kommission im Rahmen einer Brüsseler Konferenz zum Personalwesen im europäischen Gesundheitssektor ein Grünbuch zu künftigen Herausforderungen in diesem Bereich vorgelegt. Neben einer Skizzierung des Status Quo und den sich abzeichnenden Trends geht es ihr vor allem darum, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie diesen Herausforderungen im Idealfall begegnet werden kann. Erfreulich festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass die Kommission nicht nur alle relevanten Akteure einlädt, sich im nun anschließenden Konsultationsprozess bis Ende März 2009 mit ihren Erfahrungen einzubringen, sondern dass sie dabei auch ein sehr weites Akteursbild zeichnet...

Aus den Regionen

Erweitertes EUROPE DIRECT-Netzwerk in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen

Das EUROPE DIRECT-Informationsnetzwerk der EU-Kommission in Deutschland wird ab 2009 von 52 auf 59 Informationszentren erweitert. In Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen sind insgesamt sieben neue Bürger-Informationsbüros dazugekommen. Ausgewählt wurden die Informationszentren im Rahmen einer 2008 von der EU-Kommission durchgeführten Ausschreibung (vgl. Brüssel Aktuell 25/2008). Die Informationsbüros werden vorläufig bis Ende 2012 mit bis zu 25.000 € jährlich kofinanziert. In allen 27 EU-Mitgliedstaaten umfasst das Netz rund 480 solcher Informationsstellen...

Förderprogramme

INTERREG IV B: Projektvorschläge für den Kooperationsraum CENTRAL EUROPE

Im Rahmen des INTERREG IV B-Programms CENTRAL EUROPE sind u. a. Kommunen aufgerufen, bis zum 18. März 2009 Projektvorschläge für die transnationale Zusammenarbeit in Mitteleuropa zu machen. Mit Partnerorganisationen aus mindestens zwei weiteren Staaten sollen Vorhaben in den thematischen Bereichen „Innovation“, „Geografische Zugänglichkeit“, „Verantwortungsvoller Umgang mit der Umwelt“ sowie „Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität von Städten und Regionen“ gefördert werden. Für die laufende Antragsrunde stehen 70 Mio. € bereit, mit denen die Projektkosten mit bis zu 75 % (in den neuen EU-Mitgliedstaaten bis zu 85 %) kofinanziert werden können...

Jugend in Aktion: Programmhandbuch für 2009 und vorbereitende Maßnahme Amicus

Das Handbuch zum EU-Programm JUGEND IN AKTION für das Jahr 2009 liegt vor. Es enthält die für 2009 gültigen Richtlinien für die Umsetzung des Förderprogramms. Die wichtigsten Änderungen, insbesondere in den Fördersätzen gegenüber 2008 sind hier nach der jeweiligen Aktion zusammengestellt. Auch die nationalen und europäischen Förderprioritäten wurden für 2009 aktualisiert...

EU-Depeschen

- Begriff der „zeitweiligen Lagerung“ von Abfällen
 - Neuer EU-Fördermittelleitfaden der Bayerischen Staatsregierung
 - Europäische Umweltagentur: Die wichtigsten Umweltthemen für Europa
 - Aktionsplan der Europäischen Kommission zur städtischen Mobilität
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 03/2009

(16. - 23.01.2009)

Aus dem Parlament

Abgeordnete setzen vor Europawahl auf mehr Transparenz und zivilgesellschaftlichen Dialog

In ihrer Straßburger Plenartagung in der vergangenen Woche hatten die EU-Parlamentarier u. a. gleich über zwei Maßnahmen abzustimmen, die darauf abzielen, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort stärker in den Willensbildungsprozess auf europäischer Ebene einzubinden und das Zustandekommen von EU-Entscheidungen damit insgesamt verständlicher zu machen. Konkret ging es dabei zum einen um den Initiativbericht der polnischen Abgeordneten Genowefa Grabowska (SPE) in Form einer Resolution zu Entwicklungsperspektiven des zivilgesellschaftlichen Dialogs unter den veränderten Rahmenbedingungen des Lissabon-Vertrags, dessen Ratifikationsausgang allerdings bekanntlich ja nach wie vor ungewiss ist (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 38/2008)...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Städtischer Verkehr - Das Fahrrad wird neu erfunden

Gleich zwei internationale Veranstaltungen in Dresden und Brüssel wollen im März und im Mai Lösungen zur urbanen Verkehrsproblematik finden. Dabei setzen beide Konferenzen auf das Fahrrad. Dieses soll in seiner Bedeutung als Platz sparendes und umweltfreundliches Verkehrsmittel aufgewertet werden. Die zentrale Frage ist dabei: Wie motiviert man den Großstadtmenschen, vom Auto auf das Fahrrad umzusteigen...

EU-Depeschen

- Schengen-Raum: Einführung der erweiterten Sicherheitsdatenbank verzögert sich
 - Einzelpässe jetzt auch für Minderjährige zwingend vorgeschrieben
 - Urban Atlas: Neue Chancen für Stadtplanung, Umweltverwaltung und Katastrophenschutz
 - 3 Millionen eu-Top-level Domains
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 04/2009

(23. - 30.01.2009)

Aus der Kommission

Erneut Fortschritte bei Bürokratieabbau und besserer Rechtsetzung zu verzeichnen

Am 28. Januar hat die Europäische Kommission gleich mehrere Dokumente zum Themenfeld „Bürokratieabbau und verbesserte EU-Rechtsetzung“ präsentiert, mit denen sie Rechenschaft über ihre diesbezüglichen Bemühungen im Jahr 2008 ablegen möchte. Neben dem nunmehr dritten Fortschrittsbericht zu ihrer „Strategie zur Vereinfachung des ordnungspolitischen Umfelds“ (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 4/2008) handelt es sich dabei in ebenfalls dritter Auflage um „Strategische Überlegungen zur Verbesserung der Rechtsetzung in der Europäischen Union“ und ein Arbeitsdokument über die Verringerung der Verwaltungslasten...

Aus den Regionen

Kommunale Spitzenverbände positionieren sich im Gespräch mit EU-Abgeordneten

Im Vorfeld der am 7. Juni 2009 anstehenden Europawahlen positionierten sich die kommunalen Spitzenverbände Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsens im Rahmen eines Abgeordnetengesprächs am 14. Januar in Straßburg und verdeutlichten den Abgeordneten ihre Positionen zur Europabetroffenheit der kommunalen Selbstverwaltung. Die Begrüßung und Moderation des Gespräches, dem über 20 Abgeordnete aus Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen folgten, übernahm der Präsident des Bayerischen Landkreistages Theo Zellner...

Vor der Europawahl 2009: Nominierung der Kandidat/innen weitgehend abgeschlossen

Für die Wahl zum EU-Parlament am 7. Juni 2009 haben mittlerweile fast alle Parteien und sonstigen Wählervereinigungen in Deutschland ihre Kandidatinnen und Kandidaten bestimmt. Die Aufstellung erfolgte überwiegend über Bundeslisten – lediglich die CDU und die CSU stellen Ihre Kandidat/innen nach Landeslisten auf. Dieser Artikel gibt einen Überblick über Informationsmöglichkeiten rund um die Europawahl am 7. Juni sowie insbesondere über die Nominierungen und Namen der Kandidat/innen für unsere drei Bundesländer...

EU-Depeschen

- Arbeitszeitrichtlinie - derzeit kein Kompromiss absehbar
 - Europäisches Onlineportal zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)
 - Seminare zur Europäischen Kulturförderung
 - Neue internationale Agentur zur Förderung erneuerbarer Energien (IRENA) gegründet
 - Deutsche Fassung der Gebäuderichtlinie verfügbar
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 05/2009

(30.01. - 06.02.2009)

Aus dem Parlament

Transeuropäisches Netz Verkehr (TEN-V) und Aktionsplan zur Mobilität in der Stadt

Gegen Ende der laufenden Legislaturperiode gehen die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr im EU-Parlament bei zwei verkehrspolitischen Dossiers einen seltenen Weg: Anstatt die Veröffentlichung des Grünbuchs zur Zukunft des Transeuropäischen Netzes Verkehr (TEN-V) bzw. des sog. Aktionsplans zur Mobilität in der Stadt durch die EU-Kommission abzuwarten, entwarfen die Abgeordneten bereits vorab zwei sog. Initiativberichte...

Aus der Kommission

Transeuropäisches Netz Verkehr (TEN-V): Aufruf zur Beteiligung an der Überprüfung

Die Europäische Kommission hat am 4. Februar ein sog. Grünbuch zur Überprüfung der strategischen Ziele des Transeuropäischen Netzes Verkehr (TEN-V) vorgelegt. Bislang umfasst das TEN-V 30 vorrangige Verkehrsinfrastrukturvorhaben von gesamteuropäischem Rang. Sie sollen die Anbindung der Mitgliedstaaten innerhalb der EU verbessern bzw. helfen, den transnationalen Verkehrsfluss zu entlasten....

EU-Umwelt- und Vergaberecht: Erneut Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet

Am 29. Januar hat die Europäische Kommission gleich eine ganze Reihe an Vertragsverletzungsverfahren gegen verschiedene Mitgliedstaaten - darunter auch Deutschland - lanciert. Diesen wird vorgeworfen, gegen die gemeinschaftsrechtlichen Binnenmarktregeln vorstoßen zu haben. Umfasst sind davon auch die kommunalrelevanten Bereiche des EU-Umwelt- und Vergaberechts...

Aus dem Gerichtshof

Abgeltung des Urlaubsanspruchs bei Arbeitsunfähigkeit

In den verbundenen Rechtssachen C-350/06 und C-520/06 beschäftigte sich der Europäische Gerichtshof mit Urteil vom 20. Januar in einem deutschen und britischen Fall mit dem Anspruch von Arbeitnehmern auf bezahlten Jahresurlaub. Er legte hierzu Art. 7 der Richtlinie 2003/88 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (im Folgenden: Richtlinie) aus und kam so zu dem Ergebnis, dass ein Urlaubsanspruch, den ein Arbeitnehmer bis zur Beendigung seines Arbeitsverhältnisses krankheitsbedingt nicht genommen hat, nicht erlischt. Vielmehr ist dem Arbeitnehmer eine finanzielle Vergütung in Höhe seines gewöhnlichen Arbeitsentgelts zu zahlen...

EU-Depeschen

- *Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) - Fördermittelausschreibung*
 - *JESSICA - Kreditfonds für die Stadterneuerung in Nordwestengland*
 - *Studie zur Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt*
 - *Ausschreibung des Pan-European Workplace Mobility Plan Award 2009*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 06/2009

(06. - 13.02.2009)

Aus dem Parlament

EU-Kohäsionspolitik nach 2013: Interparlamentarisches Forum

Am 11. Februar diskutierten die Mitglieder des Ausschusses für regionale Entwicklung des EU-Parlaments mit Vertreterinnen und Vertretern aus den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik. Die derzeitige Position der EU-Kommission stellte der für die Regionalpolitik zuständige Generaldirektor Dr. Dirk Ahner dar. In der Debatte, die unter dem Eindruck der aktuellen Finanzkrise geführt wurde, ging es im Kern um die Fragen, ob und wenn ja, mit welchen Prioritäten bzw. welcher Mittelausstattung dieser Politikbereich fortgeführt werden soll...

Aus der Kommission

Europäische Woche der nachhaltigen Energie 2009: Kommunen im Fokus

Von 9. bis 13. Februar fand zum dritten Mal die europäische Woche der nachhaltigen Energie (European Union Sustainable Energy Week) statt. Als Austragungsort für über 150 Veranstaltung dienten neben Brüssel insgesamt 51 Städte aus 19 EU-Mitgliedstaaten, wodurch auch der dezentrale Ansatz dieser Initiative eindrucksvoll unterstrichen wurde. Im thematischen Mittelpunkt standen einmal mehr der fachliche Austausch über Maßnahmen zur Energieeinsparung und Verringerung von CO₂-Emissionen sowie neuartige und nachhaltige Energieformen. Erfreulich festzuhalten ist, dass die Bedeutung eines kommunalen Beitrags zur Erreichung der ehrgeizigen Klimaschutz-Ambitionen der EU die Woche über immer wieder explizit betont wurde. Höhepunkt der diesjährigen Energiewoche war die feierliche Unterzeichnung des bereits im Vorjahr ausgerufenen Konvents der Bürgermeister/innen...

EU-Depeschen

- Leitfaden für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ auf Deutsch
 - Kommission nimmt zur Arbeitszeitrichtlinie Stellung
 - Erleichterungen für Risikokapitalinvestitionen
 - Eckdaten der Finanzsituation in Europas Kommunen
 - Interregionale Gruppe „Donauraum“ im Ausschuss der Regionen nimmt Arbeit auf
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 07/2009

(13. - 20.02.2009)

Aus der Kommission

Konferenz der „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“

Am 16. und 17. Februar veranstaltete die Generaldirektion Regionalpolitik der EU-Kommission in Brüssel die jährlich stattfindende Konferenz „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ („Regions for Economic Change“, vgl. Brüssel Aktuell 7/2008). Unter dem Motto „Netzwerke für Ergebnisse“ („Networking for Results“) wurden in verschiedenen Workshops „Best-Practice-Modelle“ vorgestellt. Zu den Rednern zählten neben anderen Danuta Hübner, EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Dr. Dirk Ahner, Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik und Ján Figel', EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend...

Strategieplan für das Jahr 2010 vorgelegt

Am 18. Februar hat die Europäische Kommission ihre Strategieplanung für das Jahr 2010 vorgelegt. Zwar steht diese Strategie unter dem Vorbehalt der Zustimmung einer neuen Kommission, da die Amtszeit der aktuellen Kommission regulär Ende Oktober 2009 abläuft. Allerdings ist die Vorlage der Planung zum jetzigen Zeitpunkt notwendig, um die Vorbereitung eines konkreten Arbeitsprogramms sowie eines EU-Haushaltsplans für das Jahr 2010 zu gewährleisten...

Förderprogramme

„Erasmus für junge Unternehmerinnen und Unternehmer“

Am 19. Februar hat die Generaldirektion Unternehmen und Industrie unter dem deutschen EU-Kommissar Günter Verheugen (SPE) offiziell das neues EU-Förderprogramm „Erasmus für junge Unternehmerinnen und Unternehmer“ vorgestellt. Mit diesem Programm sollen angehende Unternehmer grenzüberschreitend die Chance erhalten, bei einem erfahrenen Unternehmer das nötige Know-How zu erlangen und Erfahrungen zu sammeln, um später selbst ein erfolgreiches Unternehmen führen zu können. Für eine Zeitspanne von einem bis sechs Monaten stehen den Kandidaten, je nach Gastland, von 560 Euro bis zu 1.100 Euro pro Aufenthalt als Reise- sowie Unterkunfts-kostenzuschuss zur Verfügung...

EU-Depeschen

- Neues zum EU-Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“
 - Personalie/Ausschuss der Regionen (AdR)
 - Studie zur Erziehung und Betreuung von Kleinkindern in Europa
 - Monatlicher EU-Bericht zur sozialen Entwicklung und zur Arbeitsmarktsituation
 - Tschechisches Parlament stimmt EU-Reformvertrag zu
 - Regionale Wirtschaftskraft in der EU
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 08/2009

(20. - 27.02.2009)

Aus der Kommission

EU-Strategiepaket zur Katastrophenverhütung und – vorsorge beschlossen

Am 23. Februar – und damit fast genau ein Jahr nach einer ersten Mitteilung zum Themenbereich „Katastrophenschutz“ (vgl. Brüssel Aktuell 8/2008) – hat die EU-Kommission nunmehr ein ganzes Strategiebündel veröffentlicht, das aus zwei Mitteilungen zur Katastrophenverhütung und – vorsorge besteht. Insgesamt stellt das Paket den Versuch der Kommission dar, auf Basis bereits existierender Instrumente konkrete Maßnahmen in eine umfassende Gemeinschaftsstrategie einfließen zu lassen. Das Paket beinhaltet dabei sowohl eine außer- als auch eine innergemeinschaftliche Dimension. So nimmt die EU-Strategie zur Unterstützung der Katastrophenvorsorge insbesondere die Entwicklungsländer in den Fokus, während sich die Mitteilung über ein „Gemeinschaftskonzept zur Verhütung von Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen“ explizit an alle relevanten Akteure im Katastrophenschutz in den Mitgliedstaaten richtet und damit durchaus Wirkung bis auf die kommunale Ebene hinab entfaltet...

Aus dem Gerichtshof

Generalanwalt hält interkommunale Abfallentsorgung für binnenmarktrelevant

In seinen Schlussanträgen vom 19. Februar beschäftigte sich Generalanwalt Ján Mazák in der Rechtssache „Stadtreinigung Hamburg“ (C-480/06) mit einem Fall zur interkommunalen Zusammenarbeit. In seinen Ausführungen kommt er zu dem für die Kommunen ungünstigen Ergebnis, dass verschiedene Landkreise einen Vertrag mit der Stadtreinigung Hamburg betreffend ihrer Abfallentsorgung nicht ohne Ausschreibung schließen dürfen. Es ist nun abzuwarten, ob der Europäische Gerichtshof dieser Ansicht folgt...

EU-Depeschen

- *Kommunen im Fokus der Liberalen*
 - *Neuaufgabe des Binnenmarktanzeigers*
 - *Preisträger der EU-Mobilitätswoche 2008 und der „Grünen Hauptstadt Europas“ 2010 und 2011*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 09/2009

(27.02. - 06.03.2009)

Aus der Kommission

Dienstleistungsrichtlinie: Pilotprojekt zum Binnenmarkt-Informationssystem

Unter dem Motto „Verwaltungen verbinden - Vertrauen aufbauen“ fand am 25. Februar die Sensibilisierungskonferenz der EU-Kommission zum Binnenmarkt-Informationssystem (IMI) statt. Das IMI - ein europaweites elektronisches Amtshilfesystem - soll die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten im Zuge der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie (2006/123/EG, siehe zuletzt Brüssel Aktuell 36/2008) verbessern. Die Richtlinie verpflichtet die Verwaltungen der Mitgliedstaaten zur gegenseitigen Amtshilfe bei der Anwendung des Binnenmarktrechts. Das elektronische Netzwerk ist bereits seit Umsetzung der Berufsanerkennungsrichtlinie (2005/36/EG) zur Unterstützung der Behörden im Einsatz...

Aus den Regionen

Europäischer Unternehmenspreis 2008/09: Finalisten aus Bayern und Baden-Württemberg

Bereits seit Anfang Februar stehen die Sieger der innerdeutschen Vorausscheidung für den Europäischen Unternehmenspreis 2008/2009 fest. So haben es u. a. ein speziell auf unternehmerisches Denken ausgerichtetes Gymnasium in Bayern sowie ein Stellenvermittlungs- und Fortbildungsprojekt für Arbeitslose in Baden-Württemberg unter die 13 Finalisten geschafft, die sich zuvor in einem EU-weiten Auswahlverfahren (vgl. Brüssel Aktuell 15/2008) behaupten mussten. Im Vorfeld der Bekanntgabe der Sieger am 13. Mai 2009 in Prag hat sich nunmehr am 2. März 2009 das baden-württembergische Finalisten-Projekt um die sog. Waldkircher Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (WABE) in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg einem interessierten Brüsseler Publikum vorgestellt...

Förderprogramme

Aktionsprogramm Gesundheit: „Aufruf zur Einreichung von Anträgen 2009“

Die Europäische Kommission hat am 26. Februar im Amtsblatt C 47/14 einen Aufruf im Rahmen des zweiten Aktionsprogramms „Gesundheit (2008-2013)“ veröffentlicht, mit dem insgesamt über 48 Mio. € für europäische Projekte bereitgestellt werden. Ziele des zweiten Aktionsprogramms der Gemeinschaft im Bereich Gesundheit sind ein besserer Gesundheitsschutz für Bürger, Gesundheitsförderung einschließlich der Verringerung von Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung sowie die Schaffung und Verbreitung von Informationen und Wissen zu Gesundheitsfragen. Die Antragsfrist läuft bis zum 20. Mai 2009...

EU-Depeschen

- *Weitere deutsche Kandidaten für die Europawahl am 7. Juni 2009*
 - *3. Europatag der kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs am 25. März in Straßburg*
 - *Bürgerschaftliches Engagement im Internet*
 - *Jahresberichte zu SOLVIT sowie zu „Citizens Signpost“ vorgelegt*
 - *Sozialpolitik - Neuer Leitfaden zur Beantragung von Fördermitteln aus den Europäischen Strukturfonds*
 - *Leitfaden zur Durchsetzung des EU-Beihilfenrechts verabschiedet*
 - *Forum der EU-Kommission und des europäischen Einzelhandels*
 - *Lokale und regionale Gebietskörperschaften am glaubwürdigsten*
-

In eigener Sache

Europabüro der sächsischen Kommunen: neue Leiterin

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 10/2009

(06. - 13.03.2009)

Aus dem Parlament

Richtlinie zur Vermeidung und Verringerung von Industrieemissionen verabschiedet

Am 10. März stimmte das Europäische Parlament in erster Lesung über einen Vorschlag der EU-Kommission vom 21. Dezember 2007 über eine Neufassung der Richtlinie über „Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung)“ - im Folgenden: IVU-Richtlinie - ab. Berichterstatter in diesem Verfahren ist der sächsische Abgeordnete Holger Kraemer (ALDE). Ziel der Novellierung ist vor allem die Verringerung des Verwaltungsaufwandes für die zuständigen Behörden und die Industrie. Bestehende Regelungen sollen vereinfacht und klarer gefasst sowie in einer Richtlinie zusammengefasst werden...

Aus dem Gerichtshof

Anerkennung von Führerscheinen

In Fortsetzung seiner Führerschein-Rechtsprechung (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 23/2008) beschäftigte sich der EuGH am 19. Februar in der Rechtsache C-321/07 („Schwarz“) erneut mit der Auslegung der Richtlinie 91/439/EWG (im Folgenden: Richtlinie). Demnach kann der Besitz zweier Führerscheine in bestimmten Konstellationen möglich sein. Ferner erteilte er Umgehungsmaßnahmen hinsichtlich des Entzugs eines durch einen Mitgliedstaat ausgestellten Führerscheins eine klare Absage. Die Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, einen Führerschein, der von einem anderen Staat vor dessen Beitritt zu Europäischen Union und vor der Erteilung des mittlerweile entzogenen Führerscheins des Mitgliedsstaats ausgestellt wurde, anzuerkennen...

Aus den Regionen

Europäisches Gipfeltreffen der Regionen und Städte in Prag

Am 5. und 6. März fand in Prag ein Gipfeltreffen von Vertretern europäischer Regionen und Städte statt. An der Konferenz, die vom Ausschuss der Regionen (AdR) und der Stadt Prag unter der Schirmherrschaft der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft organisiert wurde, nahmen mehr als 500 geladene Vertreter der kommunalen und regionalen Ebene (in Deutschland die Bundesländer) teil. Hauptthema des Gipfels war die Rolle der Städte und Regionen in der EU - insbesondere in den Bereichen Wirtschafts-, Sozial- und Regionalpolitik. Danuta Hübner, die polnische EU-Kommissarin für Regionalpolitik, präsentierte die ersten Ergebnisse der Konsultation zum Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt (Brüssel Aktuell 29/2008). Luc Van den Brande, Präsident des AdR, rief zudem alle Vertreter der regionalen und lokalen Ebene zur Teilnahme an einer im Rahmen der Konferenz initiierten Konsultation zur sog. Lissabon-Strategie auf. Die Schlussfolgerungen des Prager Gipfels der Städte und Regionen werden schließlich den EU-Staats- und Regierungschefs übermittelt, die am 19./20. März in Brüssel zu ihrem traditionellen Frühjahrgipfeltreffen zusammenkommen...

Förderprogramme

DAPHNE III: Transnationale Projekte gegen häusliche Gewalt werden unterstützt

Auch im Jahr 2009 können sich wieder sowohl öffentliche als auch private Organisationen und Einrichtungen wie lokale Behörden, Nichtregierungsorganisationen sowie Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die im Bereich der Gewaltprävention bzw. bei der Unterstützung der Opfer tätig sind, um Fördermittel für grenzüberschreitende Projekte bewerben. Die Bewerbungsfrist läuft noch bis zum 22. April 2009...

EU-Depeschen

- *Vergleichsdaten zur kommunalen Abfallbehandlung in der EU*
 - *„European eParticipation“ will mehr Bürgernähe erreichen*
 - *Bildung, Kultur, Jugend und Bürgerschaft: Neue Online-Plattform für EU-Projektergebnisse*
 - *Internationale Konferenz „Local Renewables Freiburg 2009“ vom 27. bis 29. April*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 11/2009

(13. - 20.03.2009)

Aus dem Parlament

Ökologisierung des Verkehrs: Erste Lesung der Eurovignetten-Richtlinie

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat sich am 11. März mit dem Maßnahmenpaket zum „Grünen Verkehr“ befasst, das die EU-Kommission am 8. Juli 2008 vorgelegt hat. Zu den drei Mitteilungen der Kommission („Ökologisierung des Verkehrs“, eine „Strategie zur Internalisierung externer Kosten“ sowie „Lärmschutzmaßnahmen am aktuellen Schienenfahrzeugbestand“) forderten die Abgeordneten in einer Entschließung einen kohärenteren Ansatz. Dem Richtlinienvorschlag zur „Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge“ (= Eurovignetten-Richtlinie) haben die Parlamentarier in ihrer ersten Lesung dem Grunde nach zugestimmt...

Förderprogramme

Katastrophenschutzprojekte in den Bereichen Bereitschaft und Prävention

Im Amtsblatt der Europäischen Union C 57 vom 11. März hat die EU-Kommission einen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen im Katastrophenschutzbereich veröffentlicht. Die Ausschreibung gliedert sich in zwei Abschnitte: Gesucht werden zum einen Kooperationsprojekte im Bereich Bereitschaft, zum anderen im Bereich der Prävention von Katastrophenfällen (je mit eigenen Zielsetzungen / eigenem Budget). Alle Anträge sollten einen „Europäischen Mehrwert“ aufweisen, d.h. es soll sich um modellhafte Projekte handeln, die auch in anderen Mitgliedstaaten zur Anwendung kommen könnten. Die Antragsfrist läuft noch bis 18. Mai 2009, Anträge können jedoch nur in Englisch gestellt werden...

EU-Depeschen

- *EuGH legt Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie aus*
 - *Bürgerschaftliches Engagement von Senioren und die Rolle der öffentlichen Hand*
 - *Schlechte Verwaltung in EU-Behörden - der Europäische Bürgerbeauftragte hilft*
 - *Schnellere Auswahlentscheidung bei Zusagen für Förderprogramme*
 - *Pilotprojekt zur Mobilitätsförderung von Künstlern*
 - *Ausschuss der Regionen prämiert Doktorarbeiten*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 12/2009

(20. - 27.03.2009)

Aus dem Parlament

EU-Kohäsionspolitik: Abgeordnete beleuchten Status quo und skizzieren die Zukunft

Am 24. März gab es im Plenum des EU-Parlaments eine Debatte zur Ausrichtung der EU-Kohäsionspolitik. In fünf sog. Initiativberichten, die mit großer Mehrheit verabschiedet wurden, gaben die Parlamentarier den EU-Mitgliedstaaten und der Kommission Anregungen, um die Förderung aus den EU-Strukturfonds zu verbessern. Neben einer Bewertung der bisherigen Umsetzung der allgemeinen Strukturfondsverordnung für den Förderzeitraum 2007-2013 sowie Hindernissen bei der Inanspruchnahme der Fonds beschäftigten sich die Abgeordneten auch mit der Reform der Kohäsionspolitik für die Zeit ab 2014. Schließlich standen auch die städtische Dimension sowie die Verknüpfung der EU-Kohäsionspolitik mit der Förderung des ländlichen Raums auf der Agenda...

Förderprogramme

Kooperationsraum „Nordwesteuropa“: Erneuter INTERREG IV B-Aufruf

Am 20. März ist bereits zum vierten Mal für das 2007 neu eingeführte EU-Förderziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (ETZ) in der Unterausrichtung „Transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B)“ der Startschuss zur Einreichung von Projektanträgen in der Förderkulisse „Nordwesteuropa“ (NWE) gefallen. Damit beabsichtigt das von der EU-Kommission mit der Federführung beauftragte Gemeinsamen Technischen Sekretariat (GTS) des NWE-Programms in Lille (F) sowohl den wirtschaftlichen als auch den sozialen und räumlichen Zusammenhalts in Europa zu stärken. Förderfähig sind dabei auch kommunale Projekte aus den bayerischen Regierungsbezirken Ober-, Mittel-, Unterfranken und Schwaben sowie aus ganz Baden-Württemberg. Sachsen liegt nicht in diesem Kooperationsraum. Fristablauf der aktuellen Förderrunde ist der 17. April 2009...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

EU-Depeschen

- *EU-Förderprogramm Kultur 2007 - 2013: Korrigendum des Programmleitfadens veröffentlicht*
 - *Europäisches Kulturerbe-Siegel: Ergänzung zum UNESCO-Weltkulturerbe?*
 - *Startschuss für die eGovernment-Awards 2009*
 - *Statistik über die Lebensbedingungen der EU-Bürger im Jahr 2007 veröffentlicht*
-

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 13/2009

(27.03. - 03.04.2009)

Aus dem Europäischen Rat

Richtlinie zur Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge verabschiedet

Der EU-Ministerrat für Verkehr, Telekommunikation und Energie hat am 30. März den Richtlinienvorschlag zur Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge (im Folgenden: Richtlinie) verabschiedet. Aufgrund des im letzten Jahr zwischen EU-Kommission, EU-Ministerrat und EU-Parlament erreichten Kompromisses im Rahmen eines Trilog-Verfahrens, war es nicht überraschend, dass der Verabschiedung keine Diskussion vorausging. Das Plenum des Europäischen Parlaments hatte dem Vorschlag am 22. Oktober 2008 zugestimmt (vgl. Brüssel Aktuell 30/2008)...

EU-Depeschen

- *Energieausschuss stellt sich gegen Renationalisierungsfrist bei EU-Konjunkturpaket-Mitteln*
 - *KMU-Internetportal freigeschaltet*
 - *Öffentliche Debatte zur Zukunft der Bildung in Europa*
 - *Matthias Petschke künftig als Leiter der Kommissionsvertretung in Berlin tätig*
-

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 14/2009

(03. - 10.04.2009)

Aus dem Parlament

Plenum befürwortet Richtlinie zur Antidiskriminierung

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 2. April einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (im Folgenden: Richtlinie) angenommen. Die Abgeordneten votierten mit 363 Jastimmen zu 226 Gegenstimmen bei 64 Enthaltungen für den Vorschlag der EU-Kommission vom Juli 2008 (vgl. Brüssel Aktuell 22/2008). Ziel der Richtlinie ist es vor allem, die bereits bestehenden Diskriminierungsverbote auf Bereiche außerhalb der beruflichen Sphäre auszuweiten...

Ausschuss befürwortet Kommissionsinitiative zur Stärkung der EU-weiten Patientenrechte

Am 31. März stand im federführenden Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments u. a. die Abstimmung über den Vorschlag der EU-Kommission bzgl. einer „Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung“ vom Sommer letzten Jahres (vgl. Brüssel Aktuell 22/2008) an. Zielsetzung der Kommission mit dieser Gesetzesinitiative ist es, einen rechtssicheren Rahmen für Patienten und die beteiligten Akteure bzgl. der grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen zu schaffen...

Industrieausschuss stimmt Gebäuderichtlinie zu

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments begrüßte am 30. März bei 2 Enthaltungen mit 36 Jastimmen zu 11 Gegenstimmen in erster Lesung den Vorschlag der Kommission über die Novellierung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 4/2009). Insgesamt hatten die Abgeordneten über 485 Änderungsanträge, teilweise in Form von Kompromissanträgen, zu entscheiden. Hierbei wurden sämtliche der 30 Kompromissanträge angenommen. Inhaltlich führten die Ausschussmitglieder den Begriff des „energieneutralen Gebäudes“ ein, stimmten für die Aufhebung der 1.000 m²-Grenze und ersetzten die von der EU-Kommission vorgeschlagene Vergleichsmethode durch eine sog. gemeinsame Methode...

Aus der Kommission

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für eine kohlenstoffarme Zukunft

In zwei Mitteilungen vom 12. und 13. März rief die EU-Kommission zu einem verstärkten Einsatz von IKT auf allen Ebenen auf. Das Potential der IKT für die Verbesserung der Energieeffizienz sei allgemein anerkannt, nun ginge es darum, das Verbraucherbewusstsein zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen Gemeinschaft, Mitgliedstaaten, Regionen, Wirtschaft und Wissenschaft zu intensivieren. Des Weiteren drängt die Kommission auf eine EU-weite Vereinheitlichung der Mess- und Quantifizierungsmethoden für die Gesamtenergieeffizienz...

Förderprogramme

Programm „Intelligente Energie - Europa“: Projektaufruf und Arbeitsprogramm 2009

Die Europäische Kommission hat am 31. März im Rahmen des Programms „Intelligente Energie – Europa (IEE)“ den Aufruf zur Einreichung von Projekten und das Arbeitsprogramm für 2009 veröffentlicht. Ziel des IEE-Programms ist es, durch Projekte zur Unterstützung der Europäischen Energie- und Klimaschutzziele zu einer sauberen und nachhaltigen Energienutzung in ganz Europa beizutragen...

EU-Depeschen

- *Plenum beschließt Novellierung der Umweltzeichen-Verordnung*
 - *Lokale Organisatoren für die erste Europäische Woche der Abfallreduzierung gesucht*
 - *Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen 2009 für das Transeuropäische Verkehrsnetz*
 - *EU-Programm „Jugend in Aktion“*
 - *Erneut Werbetrommel für den Europäischen Verbund für Territoriale Zusammenarbeit*
-

In eigener Sache

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 15/2009

(10. - 24.04.2009)

Aus dem Parlament

Plenum verabschiedet Energie-Binnenmarkt-Paket

Am 22. April stimmte das Plenum des Europäischen Parlaments in zweiter Lesung mit großer Mehrheit für das dritte Gesetzespaket zum Energie-Binnenmarkt. Ziel des Paketes ist es, die Strom- und Gasmärkte weiter zu liberalisieren, möglichst niedrige Energiepreise zu erreichen und die Verbraucherrechte zu stärken. Daneben soll die neue Gesetzgebung einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten, indem sie die Energieeffizienz fördert und sicherstellt, dass auch kleine Unternehmen Zugang zum Energiemarkt erhalten. Gegenstand des Pakets sind zwei Richtlinien und drei Verordnungen, die teilweise die bestehenden Vorschriften aufheben...

Aus der Kommission

Novellierung der Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr

Bereits am 8. April hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Neufassung der Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (2000/35/EG) vorgelegt. Anlass hierzu waren Erkenntnisse der Kommission darüber, dass auch nach Inkrafttreten der ursprünglichen Richtlinie im Jahr 2002 immer noch deutliches Verbesserungspotential bei der Steigerung der Zahlungsmoral im Europäischen Wirtschaftsraum vorliege. Folglich sieht die Novellierung Verschärfungen im Umgang mit säumigen Schuldnern vor, zu denen gemäß der Kommission insbesondere auch öffentliche Stellen zählen...

Vergaberecht: Zwei Aufforderungen der Kommission an Deutschland

Die EU-Kommission hat zwei förmliche Aufforderungsschreiben an die Bundesrepublik Deutschland wegen der Vergabe von öffentlichen Aufträgen gerichtet. Der erste Fall betrifft die Vergabe eines Abwasserentsorgungsauftrages der Stadt Hamm an den Zweckverband Lippeverband ohne vorherige Ausschreibung. Die zweite Beanstandung hat die Vergabe von öffentlichen Aufträgen über Rechtsinformationsdienste durch den Bund und mehrere Bundesländer zum Gegenstand. Die förmlichen Aufforderungen ergehen in Form einer „mit Gründen versehenen Stellungnahme“, der zweiten Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens nach Art. 226 EG. ...

EU-Depeschen

- Rat verabschiedet Klima- und Energiepaket*
 - Frühjahrsausgabe des EU-Beihilfeanzeigers veröffentlicht*
 - EU-Förderprogramm LIFE - Publikation über „best practice“-Beispiele erschienen*
 - EU-Kommission bestätigt ihre Haushaltsprognose für 2008*
-

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 16/2009

(24.04 - 01.05.2009)

Aus dem Parlament

Plenum begrüßt eine Neufassung der Gebäuderichtlinie

Am 23. April nahm das Europäische Parlament in erster Lesung mit überwiegender Mehrheit (549 Jastimmen zu 51 Gegenstimmen bei 26 Enthaltungen) den Vorschlag der EU-Kommission zur Novellierung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden an. Das Plenum folgte im Wesentlichen den Änderungsvorschlägen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, der dem Text am 30. März zugestimmt hatte (vgl. Brüssel Aktuell 14/2009)...

Verkehr: Plenum verabschiedet zwei Initiativberichte

Am 22. und 23. April stimmte das Plenum des Europäischen Parlaments zwei Initiativberichten aus dem Bereich Verkehr zu. So sprachen sich die Abgeordneten zum einen für einen Aktionsplan zur Mobilität in der Stadt aus. Zum anderen verabschiedeten sie ihren Initiativbericht zum Grünbuch der Europäischen Kommission zur Überprüfung der strategischen Ziele des Transeuropäischen Netzes Verkehr (TEN-V)...

Aus der Kommission

Barca-Bericht zur Reform der EU-Kohäsionspolitik vorgestellt

Vom 22. bis 24. April fand unter Schirmherrschaft der gegenwärtigen Ratspräsidentschaft im tschechischen Mariánské Lázně ein informelles Treffen der Fachminister für Regionalpolitik der EU-Mitgliedstaaten statt. Im Nachgang hierzu stellten am 27. April in Brüssel Danuta Hübner, die polnische EU-Kommissarin für Regionalpolitik, und Dr. Fabrizio Barca, Generaldirektor im italienischen Finanz- und Wirtschaftsministerium einen von Letzterem koordinierten Bericht zu möglichen Reformansätzen für die EU-Kohäsionspolitik ab 2014 vor. Im Gegensatz zu den Schlussfolgerungen der Fachminister, die erwartungsgemäß eher von Politikformeln geprägt sind, legt der sog. Barca-Bericht auf insgesamt 218 (!) Seiten sehr detailliert dar, an welchen Punkten die künftige EU-Kohäsionspolitik zum Nutzen der gesamten EU reformiert werden könnte. Aus kommunaler Sicht erfreulich ist, dass in beiden Dokumenten der kommunalen Ebene eine deutliche Rollenaufwertung zugesprochen wird...

Aus dem Ausschuss der Regionen

15 Jahre EU-Kommunalvertretung: Kreativität, Innovation und Kommunikation

Anlässlich des 15jährigen Bestehens des Ausschuss der Regionen (AdR), organisierte dieser zeitgleich zu seiner jüngsten Plenartagung am 20. und 21. April zwei weitere Veranstaltungen. Zum einen stellten im Rahmen von „Europas kreative Städte und Regionen“ 100 Nachwuchstalente aus der gesamten EU ihre Projekte aus den verschiedensten Bereichen wie Kunst und Kultur, Forschung und Innovation, Naturwissenschaften, Medien sowie Kommunikations- und Informationstechnologien, Kreativität in der Stadtentwicklung und soziale Innovationen vor. Zum anderen wurde bereits zum vierten Mal das Forum „Europa auf lokaler und regionaler Ebene vermitteln“ durchgeführt, bei dem in diesem Jahr die Europawahlen am 7. Juni im Vordergrund standen...

EU-Depeschen

- *Verhandlungen zur EU-Arbeitszeitrichtlinie scheitern nach fünfjähriger Beratung*
- *Plenum stimmt Ökodesign-Richtlinie zu*
- *„Europäisches Integrationsforum“ und „Europäische Internetseite zur Integration“*
- *AdR-Konsultation zur Lissabon-Strategie - Fristverlängerung*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 17/2009

(30.04 - 08.05.2009)

Aus dem Parlament

Plenum verabschiedet Bericht zur „Erneueren Sozialagenda“

In seiner letzten Sitzungswoche vor den Europawahlen verabschiedete das Plenum des EU-Parlaments am 6. Mai mit deutlicher Mehrheit (403 Ja- zu 51 Neinstimmen bei 12 Enthaltungen) einen Bericht zu dem von der Kommission im Juli 2008 vorgeschlagenen Sozialpaket unter dem Titel „Eine erneuerte Sozialagenda“ (vgl. Brüssel Aktuell 22/2008). Dieser von José Albino Silva Penada (EVP, P) vorgeschlagenen Bericht enthält fünf prioritäre und drei instrumentelle Aktionen zur Sozialpolitik. Bei den prioritären Aktionen handelt es sich um Europäische Sozialmodelle, sozial- und beschäftigungspolitische Maßnahmen, Einwanderung, die EU und ihre Außenbeziehungen sowie um Strukturfonds. Als instrumentelle Aktionen werden der soziale und zivile Dialog, das EU-Recht sowie die offene Koordinierungsmethode genannt...

„Ein Europa für Patienten“: Plenum stimmt für grenzüberschreitende Patientenmobilität

Am 23. April stand für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in der vorletzten Straßburger Vollversammlung dieser Legislaturperiode auch das Thema „Patientenrechte“ auf der Abstimmungsliste. Trotz 152 Enthaltungen folgte das Plenum im Verhältnis von 297 Ja- zu 120 Gegenstimmen mit deutlicher Mehrheit dem Votum des federführenden Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (vgl. Brüssel Aktuell 14/2009). Es sprach sich somit dafür aus, einen EU-weit einheitlichen Rechtsrahmen zu Kostenerstattungsregelungen von ihm EU-Ausland in Anspruch genommen Gesundheitsdienstleistungen zu schaffen, um damit die grenzüberschreitenden Patientenmobilität zu stärken...

Aus der Kommission

Neue EU-Strategie für die Jugendpolitik und erster EU-Jugendbericht

Am 27. April hat die Europäische Kommission für das kommende Jahrzehnt eine neue bereichsübergreifende EU-Strategie für die Jugendpolitik mit dem Titel „Strategie für die Jugend - Investitionen und Empowerment“ als Folgemaßnahme der erneuerten Sozialagenda verabschiedet. Ziel ist es dabei, jungen Menschen mehr Chancen in Bildung und Beschäftigung und eine bessere Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Parallel dazu veröffentlichte die Kommission den ersten EU-Jugendbericht, in dem von EUROSTAT zusammengestellte detaillierte Angaben und Analysen erfasst sind. Dieser künftig alle drei Jahre erscheinende Bericht soll zu einer besseren Wissensbasis im Jugendbereich beitragen. Die Kommission möchte mit den Maßnahmen Antworten auf neue Herausforderungen geben, denen sich die „schwindende Ressource Jugend“ in Europa, auch bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, immer stärker stellen muss.

Aus dem Gerichtshof

Mündliche Verhandlungen in zwei Vergaberechtsfällen

Der Europäische Gerichtshof verhandelte am 25. März und 23. April über zwei vergaberechtlich relevante Fälle. Bei Ersterem handelt es sich um ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland in dem zu klären ist, ob ein öffentlicher Bauauftrag vorliegt, der europaweit auszuschreiben ist. Im zweiten Fall haben sich die Richter mit der Klärung des Begriffs der Dienstleistungskonzession zu beschäftigen...

Aus den Regionen

RUR@CT-Netzwerk und grenzüberschreitende polyzentrische Metropolregionen

Mit Blick auf die jüngste Veröffentlichung der EU-Kommission zur künftigen Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik (vgl. Brüssel Aktuell 16/2009) brachten sich in der vergangenen Woche gleich zwei Raumkategorien mit einschlägigen Veranstaltungen in die aktuelle Debatte ein. So stellten zum einen am 30. April in der Brüssler Vertretung des Freistaats Bayern die „Europäischen Regionen für die Innovation im ländlichen Raum“ ihr EU-Kooperationsnetzwerk RUR@CT vor. Zum anderen waren die sog. grenzüberschreitenden polyzentrischen Metropolregionen am 5. Mai durch die Großregion als „best practice“-Beispiel im Ausschuss der Regionen (AdR) vertreten. Als Diskussionszwischenstand bleibt festzuhalten, dass sich beide Raumschaften in ihren Interessenlagen nur auf einen ersten Blick diametral gegenüber stehen...

Förderprogramme

„Öko-Innovation: Wo Wirtschaft auf Umwelt trifft“

Die EU-Kommission hat am 18. April im Amtsblatt (C 89/02) eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Maßnahmen im Bereich Öko-Innovation im Rahmen des Programms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (Competitiveness and Innovation Framework Programme, kurz „CIP“) veröffentlicht. Unter dem Motto „Öko-Innovation: Wo Wirtschaft auf Umwelt trifft“ sollen Initiativen im Bereich Öko-Innovation gefördert werden, die sich mit der Änderung von Verbrauchs- und Produktionsmustern sowie mit der Entwicklung von Technologien, Produkten und Dienstleistungen beschäftigen, die positive Umweltauswirkungen haben. Die Abgabefrist läuft bis zum 10. September 2009...

EU-Depeschen

- *Neuester Fortschrittsbericht über den Einsatz erneuerbarer Energien veröffentlicht*
- *EU-Haushaltsvorentwurf für 2010 vorgestellt*
- *EP-Plenum stärkt Fahrgastrechte*

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 18/2009

(08.05 - 15.05.2009)

Aus dem Parlament

Der Lissabon-Vertrag und seine institutionellen Folgen: Letztes Plenum positioniert sich

Am 7. Mai setzte das Plenum des Europäischen Parlaments in seiner letzten Sitzung dieser Legislaturperiode mit Blick auf institutionelle Fragen einen durchaus beachtlichen Schlusspunkt und zeigte bedeutsame Weichenstellungen für die Zukunft auf. So verabschiedeten die Abgeordneten gleich fünf Berichte, die allesamt in engem Zusammenhang stehen mit einem baldigen Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags und der künftigen Ausgestaltung des europäischen politischen Systems mit entsprechenden Auswirkungen bis hinunter auf die kommunale Ebene. Zur Abstimmung standen dabei im Lichte der konkreten Anwendung des Lissabon-Vertrags Fragen zur neuen Rolle und Verantwortlichkeit des Europäischen Parlaments (v. a. unter Haushaltsgesichtspunkten), über dessen Beziehung zu den mitgliedstaatlichen Parlamenten, aber auch zum grundsätzlichen künftigen interinstitutionellen Gleichgewicht und zum dann vertraglich erstmalig vorgesehenen EU-weiten Bürgerbehren...

Aus dem Familienpaket: Gleichbehandlung von Selbständigen und Mutterschutz

Aus dem Familienpaket (vgl. Brüssel Aktuell 29/2008) nahmen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 6. Mai den Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Verwirklichung der Chancengleichheit von selbstständig tätigen Männern und Frauen mit 550 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen bei 57 Enthaltungen an. Dieser von Astrid Lulling (EVP, L) vorgeschlagene Bericht enthält u. a. die Forderung nach einem eindeutigen Status für mitarbeitende Ehepartner. Ihre Mitgliedschaft in den Sozialversicherungssystemen soll außerdem verpflichtend sein. Demgegenüber wurde der Bericht der Abgeordneten Edite Estrela (SPE, P) über den Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über die Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz mit 347 Ja- zu 256 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen an den Ausschuss zurückverwiesen. Einer Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs wurde damit - jedenfalls für diese Legislaturperiode - vorerst eine Absage erteilt...

Aus der Kommission

Maßnahmenpaket zur Vereinfachung der Beihilfenkontrolle

Die EU-Kommission hat am 29. April ein Maßnahmenpaket angenommen, das aus einer Mitteilung über ein vereinfachtes Verfahren für die Würdigung bestimmter Kategorien staatlicher Beihilfen und einem Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren besteht. Mit dem Paket kommt die Kommission in einem weiteren Schritt ihrer im „Aktionsplan Staatliche Beihilfen“ aus dem Jahr 2005 (vgl. Brüssel Aktuell 19/2005) gemachten Zusage nach, das Beihilfeverfahren zu reformieren und zu vereinfachen. Die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes betonte, das Vereinfachungspaket werde der Wirtschaft zugute kommen, da ein Verfahren vorgesehen ist, nach dem Mitgliedstaaten und Kommission schon im frühen Stadium intensiver

zusammenarbeiten werden, um Beihilfeentscheidungen schneller zu erlassen. Sowohl in der Mitteilung über das vereinfachte Verfahren, als auch im Verhaltenskodex wird den Mitgliedstaaten empfohlen, schon im Vorfeld der Anmeldung von Beihilfemaßnahmen Kontakt mit der Kommission aufzunehmen, um mögliche Schwierigkeiten frühzeitig auszuräumen...

Mitteilung zu den Herausforderungen der Bevölkerungsalterung

Am 29. April veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung zur Bewältigung der Auswirkungen der demografischen Alterung in der EU. In dieser zeigt die Kommission die wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Herausforderungen des demografischen Wandels auf, die durch die Finanzkrise noch verschärft werden könnten. Gleichzeitig macht sie Vorschläge, wie diese bewältigt werden könnten. Die Mitteilung analysiert mit Hilfe neuester Wirtschafts- und Haushaltsprojektionen, welche Auswirkungen der demografische Wandel bei Zugrundelegung der derzeitigen Politik auf das Leben der EU-Bürger und die Politik bis zum Jahr 2060 haben wird. Ferner gibt die Kommission eine erste Einschätzung zu der Frage, inwieweit Europa in der Lage ist, die mit der Bevölkerungsalterung einhergehenden Herausforderungen in Angriff zu nehmen...

Aus dem Gerichtshof

Mündliche Verhandlung über die Mitteilung zur Vergabe unterhalb der Schwellenwerte

Das Europäische Gericht erster Instanz (im Folgenden: EuG) verhandelte am 29. April über die im September 2006 von der Bundesrepublik Deutschland erhobene Nichtigkeitsklage (vgl. Brüssel Aktuell 22/2006). Mit dieser richtet sich die Bundesregierung gegen die von der Kommission am 23. Juni 2006 verabschiedete Mitteilung zu Auslegungsfragen bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge, die nicht oder nur teilweise unter die Vergaberichtlinien fallen (vgl. Brüssel Aktuell 19/2006). Die Klage wird von Frankreich, Österreich, Polen, den Niederlanden, Griechenland, dem Vereinigtem Königreich, Dänemark und dem Europäischen Parlament unterstützt, die als Streithelfer zugelassen wurden. Streitentscheidend wird für das EuG vor allem sein, ob die Kommission mit der Mitteilung ihre Kompetenzen überschritten hat, indem sie über eine reine Auslegung der bestehenden EuGH-Rechtsprechung hinaus neues Recht schafft...

EU-Depeschen

- *Europäischer Bürgergipfel*
 - *Beschäftigungsgipfel zur Bekämpfung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise*
 - *Broschüre über erfolgreiche Unternehmer als konkretes Ergebnis*
 - *der ersten europaweite KMU-Woche*
 - *Ombudsmann: Öffentliche Konsultation zum Frühwarnsystem der Kommission*
 - *Tätigkeitsbericht des Europäischen Rechnungshofs für 2008 vorgelegt*
 - *Solidarität zwischen den Generationen*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 119/2009

(15 - 22.05.2009)

Aus der Kommission

EU-Konjunkturprogramm: Projekte im Energiebereich

Die EU-Kommission hat in dieser Woche einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für die Gewährung von Finanzhilfen für die festgelegten Vorhaben in den Sektoren Gas- und Strominfrastruktur, Offshore-Windenergie sowie Kohlenstoffabscheidung und -speicherung gestartet (Amtsblatt C 114/10). Das Programm ist Teil der Durchführung des europäischen Energieprogramms zur Konjunkturbelebung („European Energy Programme for Recovery“, EEPR) und enthält eine ausführliche Liste mit Projekten aus allen drei Bereichen, die gefördert werden sollen. Für 2009 und 2010 stehen Mittel in Höhe von fast 4 Mrd. € aus dem europäischen Konjunkturprogramm zur Verfügung. Bewerbungsschluss ist der 15. Juli 2009. Über die Förderung soll noch in diesem Jahr entschieden werden...

Aus dem Gerichtshof

Begründungspflicht bei Nichtdurchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Im Vorabentscheidungsersuchen in der Rechtssache C-75/08 befasste sich der Europäische Gerichtshof mit der Auslegung von Art. 4 der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (im Folgenden: UVP-Richtlinie). In seinem Urteil vom 30. April kamen die Richter zu dem Ergebnis, dass die Entscheidung, eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchzuführen, nicht notwendigerweise eine Begründung enthalten muss. Vielmehr genügt es, wenn der Betroffene die erforderlichen Informationen auf Anfrage von der nationalen Verwaltungsstelle erhalten kann, um zu beurteilen, ob die Einlegung eines Rechtsbehelfs zweckmäßig ist...

Förderprogramme

Umwelt: LIFE+ Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen 2009

Die Europäische Kommission hat am 15. Mai im Amtsblatt C 111/14 den Aufruf 2009 im Rahmen des EU-Umweltförderprogramms LIFE+ veröffentlicht. Insgesamt werden europaweit über 250 Mio. € für Umweltprojekte bereitgestellt, wobei für deutsche Projekte dieses Jahr über 29 Mio. € vorgesehen sind. Die Antragsfrist läuft bis zum 15. September 2009...

EU-Depeschen

- ÖPNV: EuGH zur Gewährung eines Ausgleichs bei Konzessionen
- Neuer strategischer Rahmen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung
- Bewerbungsverfahren zum „Climate Star 2009“ eröffnet
- Velo-City 2009: Fahrrad-Lexikon vorgestellt und Charta von Brüssel unterzeichnet
- Ankara erhält Europapreis 2009 des Europarates

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 20/2009

(22. - 29.05.2009)

Aus der Kommission

Beihilfen: Konsultation über Leitlinienentwurf für Breitbandnetzwerke

Die EU-Kommission hat am 19. Mai einen Leitlinienentwurf der Gemeinschaft für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau veröffentlicht und ruft die Mitgliedstaaten und Interessenvertreter dazu auf bis zum 22. Juni Stellung zu nehmen. Das Dokument befasst sich einerseits mit der beihilferechtlichen Beurteilung der öffentlichen Finanzierung herkömmlicher Breitbandnetzwerke und andererseits mit der Bewertung von staatlichen Maßnahmen zum Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzwerken der nächsten Generation. Auf Grundlage der eingehenden Kommentare beabsichtigt die Kommission noch in diesem Jahr endgültige Breitbandleitlinien zu verabschieden.

Aus dem Gerichtshof

Vergaberecht: Aufzählung von Ausschlussgründen ist nicht abschließend

Am 19. Mai beschäftigte sich der Europäische Gerichtshof mit einem Vorabentscheidungsverfahren aus Italien in der Rechtssache C-538/07. In diesem kommen die Richter zu dem Ergebnis, dass die in Art. 29 Abs. 1 der Richtlinie 92/50 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge (im Folgenden: Richtlinie) genannten Ausschlussgründe nicht abschließend sind. Vielmehr sind daneben unter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes Vorschriften zulässig, durch die die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Transparenz gewährleistet werden sollen...

Förderprogramme

Vorbereitende Maßnahmen im Bereich des Sports: Förderung transnationaler Projekte

Die EU-Kommission hat in der vergangenen Woche erstmalig einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen zu vorbereitenden Maßnahmen im Bereich des Sports getätigt (Amtsblatt C 111/12). Unterstützt werden transnationale Projekte, um geeignete Netze und bewährte Verfahren in den Bereichen „Gesundheitsförderung durch körperliche Betätigung“, „Förderung des Schul- und Vereinssports“, „Förderung europäischer Grundwerte durch Unterstützung des Behindertensports“ sowie „Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern“ zu identifizieren und zu erproben. Insgesamt werden Mittel in Höhe von 4 Mio. € zur Verfügung gestellt. Anträge können bis zum 31. August 2009 eingereicht werden...

Veröffentlichungen aus dem Amtsblatt der Europäischen Union

In eigener Sache

Europawahl 2009: Mit den Kommunen für ein reformiertes Europa!

Am 20. Mai veranstalteten die kommunalen Spitzenverbände Bayerns (Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Verband der bayerischen Bezirke) und das von ihnen getragene Europabüro der bayerischen Kommunen im Vorfeld zur Europawahl am 7. Juni 2009 eine Konferenz zu dem Thema „Mit den Kommunen für ein reformiertes Europa!“ im historischen Sitzungssaal der Stadt Nürnberg. Neben Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und der vier großen Parteien für die Europawahl regten Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident a. D. und Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe zum EU-Bürokratieabbau und Dr. Rudolf Strohmeier, Kabinettschef der EU-Kommissarin Viviane Reding, in zwei Impulsreferaten zur Diskussion an. In die beiden Podien unter den Titeln „Die Stellung der Kommunen in der EU“ und „Daseinsvorsorge im Visier der EU“ führte die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Emilia Müller, ein...

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 21/2009

(29.05. - 12.06.2009)

Thema der Woche

Auswertung Europawahl: Bundesländer der Bürogemeinschaft stellen ein Drittel der deutschen Abgeordneten

375 Mio. EU-Bürger waren in der Zeit vom 4. bis 7. Juni aufgerufen, das neue Europäische Parlament zu wählen. Leider konnten europaweit nur rund 161 Mio. Wähler (43,24 %) mobilisiert werden. Im Jahr 2004 lag die Wahlbeteiligung noch bei 45,47 %. Im EU-weiten Vergleich bilden die Slowakei mit 19,64 % (2004: 16,97 %) und Litauen mit 20,92 % (2004: 48,38 %) das Schlusslicht. Demgegenüber liegt die Wahlbeteiligung in Deutschland mit 43,3 % knapp über dem EU-Durchschnitt...

Aus dem Gerichtshof

1. „Stadtreinigung Hamburg“: Kein Verstoß gegen EU-Vergaberecht durch IKZ auf Vertragsbasis

In bundes- und europaweit richtungweisender Art für die Erbringung örtlicher Daseinsvorsorgeleistung in Form der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) weist der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 9. Juni in der Rechtssache „Stadtreinigung Hamburg“ (C-480/06) eine einschlägige Klage der EU-Kommission aus dem Jahr 2006 zurück. In bis dato beispielloser Deutlichkeit teilt er damit den anhaltenden Kommissionsbemühungen eine entsprechende Absage, durch eine extensive Auslegung des EU-Vergaberechts die kommunale Organisationshoheit immer weiter einzuschränken und damit die lokale Selbstverwaltung auszuhöhlen. So betonen die Richter in ihrer Entscheidung, dass das Gemeinschaftsrecht den öffentlichen Stellen für die gemeinsame Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben keine spezielle Rechtsform vorschreibt. Nicht zuletzt tragen sie dadurch auch dem im einschlägigen Zusatzprotokoll des Lissabon-Vertrags vorgesehenen weiten Ermessensspielraum hinsichtlich der Erbringungsform kommunaler Daseinsvorsorgeleistung noch vor dessen Inkrafttreten gebührend Rechnung...

2. Generalanwältin sieht Vergaberecht bei Messe Köln als missachtet an

In ihren Schlussanträgen vom 4. Juni widmete sich die Generalanwältin Verica Trstenjak in der Rechtssache C-536/07 der Frage, ob bei dem Neubau der Messehallen in Köln gegen das Vergaberecht verstoßen wurde. Im Juni 2007 hatte die EU-Kommission Deutschland wegen der vertraglichen Gestaltung der Stadt Köln bei der Errichtung und Nutzung der neuen Messehallen vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt (vgl. Brüssel Aktuell 19/2007). Kernpunkt des Verfahrens ist die Frage, ob die Richtlinie 93/37/EWG zur Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge anwendbar ist. In diesem Fall hätte der Auftrag europaweit ausgeschrieben werden müssen. Entscheidend ist hierbei, ob der streitgegenständliche Vertrag als öffentlicher Bauauftrag zu qualifizieren ist. Die Generalanwältin bejaht einen solchen, da er detaillierte Vorgaben zur Bauausführung und Infrastruktur bestimmte und empfiehlt dem EuGH der Klage der Kommission stattzugeben. Es ist nun abzuwarten, ob der Gerichtshof dieser Ansicht folgt...

3. Auslegung von Begrifflichkeiten im Vergaberecht

In seinem Urteil vom 4. Juni (Rechtssache C-250/07) legt der Europäische Gerichtshof Art. 20 Abs. 2 und 41 Abs. 4 der Richtlinie 93/38/EWG zur Koordinierung der Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (im Folgenden: Richtlinie) aus. Insbesondere beschäftigen sich die Richter mit den Begriffen des „ungeeigneten“ Angebots und der „kürzesten Frist“ sowie der Frage, wann die Änderung einer ursprünglichen Bedingung eines Auftrags als wesentlich anzusehen ist...

4. Arbeitssuchende EU-Ausländer und Leistungen nach dem SGB II

Im Vorabentscheidungsverfahren in den verbundenen Rechtssachen C-22/08 und C-23/08 befasste sich der Europäische Gerichtshof mit der Frage, ob Art. 24 Abs. 2 der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten (im Folgenden: Richtlinie) mit dem gemeinschaftsrechtlichen Gleichbehandlungsgebot (Art. 12 EG) und der Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 39 EG) vereinbar ist. Das Gericht kommt in seinem Urteil vom 4. Juni zu dem Ergebnis, dass ein arbeitssuchender EU-Bürger, der tatsächlich Verbindungen mit dem Arbeitsmarkt eines Mitgliedstaates hergestellt hat, eine finanzielle Leistung beanspruchen kann, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern soll. Entscheidend wird nun sein, wie das vorliegende Gericht den Zweck der Leistungen nach dem SGB II bewerten wird...

Förderprogramme

Jugend in Aktion: Kreativität und Innovation im Jugendbereich

Im Rahmen des Programms JUGEND IN AKTION ist im EU-Amtsblatt C 123/14 ein Aufruf für Projekte zur Förderung der Kreativität und Innovation im Jugendbereich veröffentlicht worden. Ziel der Aufforderung ist es, Projekte zu ermitteln, die sich mit der Einführung, Umsetzung und Weiterentwicklung von innovativen und qualitativ herausragenden Elementen in der nichtformalen Bildung und Jugendarbeit befassen. Die Antragsfrist läuft bis zum 30. September 2009...

Veröffentlichungen aus dem Amtsblatt der Europäischen Union

EU-Depeschen

- *Erstes mehrsprachiges EU-Presseportal online*
- *Kommissionsmitteilung zur Qualität von Agrarerzeugnissen vorgelegt*
- *Versammlung der Regionen Europas legt Dezentralisierungsstudie vor*
- *Modernisierung der öffentlichen Verwaltung ein möglicher Schwerpunkt der Post-Lissabon-Strategie nach 2010*
- *Treibhausgasemissionen in der EU im dritten Jahr in Folge gesunken*
- *Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011*
- *EU-Förderprogramm - ICT Policy Support Programme*
- *Internetpräsentation der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft freigeschaltet*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 22/2009

(12. - 19.06.2009)

Thema der Woche

Die Vielschichtigkeit Europas stärken: Weißbuch zum Mehrebenen-Regieren verabschiedet

Anlässlich der 80. und letzten Plenarsitzung vor der diesjährigen Sommerpause stand am 18. Juni ein Novum auf der Tagesordnung des Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel. So befassten sich dessen Mitglieder - darunter auch der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (SPE) für den Deutschen Städtetag und Landrat Helmut Jahn (EVP) aus dem baden-württembergischen Hohenlohekreis für den Deutschen Landkreistag - trotz des bereits über 15jährigen Bestehens des AdR erstmalig mit einem Weißbuch aus den eigenen Reihen, das sich der grundlegend kommunalbedeutsamen Thematik des Mehrebenen-Regierens (Multi-Level-Governance) im politischen System der EU widmet. Mit der Form des Weißbuches bedienen sich die beiden Berichterstatter, Luc Van den Brande (EVP), Mitglied des flämischen Regionalparlaments und Michel Delebarre (SPE), Bürgermeister im französischen Dünkirchen, in ihrer Rolle als aktueller bzw. letzter AdR-Präsident eines originären Kommissionsinstruments, das künftigen rechtsverbindlichen Regelungen den politischen Boden bereitet. Damit unterstreichen sie die Bedeutung dieses historischen Vorstoßes des AdR...

Aus der Kommission

Neue Prioritäten unter dem Leitmotiv „Aufbau eines Europas der Bürger“

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 10. Juni eine Mitteilung unter dem Titel „Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger“. In dieser stellt sie unter dem Leitmotiv „Aufbau eines Europas der Bürger“ ihre vier Prioritäten für eine zukünftige europäische Innen- und Rechtspolitik vor. Vor allem der Bürger soll mehr in den Mittelpunkt gerückt und seine Rechte gestärkt werden. Dabei bezeichnet die Kommission Freiheit, Sicherheit und Recht als zentrale Werte für das europäische Gesellschaftsmodell, die weiterentwickelt werden müssen. Insbesondere bestehe im Bereich des Straf- und Familienrechts noch Handlungsbedarf...

EU-Depeschen

- *Breitband - Konsultation der EU-Kommission*
- *Staatliche Beihilfen - Zwei neue Leitfäden*
- *EU-Förderprogramm Intelligente Energie Europa: Best practice“-Beispiele veröffentlicht*
- *„BUILD UP“-Webportal zur Senkung des Energieverbrauchs von Gebäuden freigeschaltet*
- *Fakten-Blatt der EU-Kommission zum Vorgehen bei der Bekämpfung von invasiven Arten veröffentlicht*
- *Qualität der Badegewässer verbessert sich EU-weit*
- *OECD-Bericht „Schaffung effektiver Umfeldler für Lehren und Lernen“*

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 23/2009

(19 - 26.06.2009)

Aus dem Rat

EU-Ratsgipfel: Wichtige politische Hürde zur Ratifikation des Lissabon-Vertrags genommen

Während der sog. Juni-Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs vor rund 12 Monaten auf Grund des kurz zuvor erfolgten irischen Neins zum Lissabon-Vertrag (Brüssel Aktuell 21/2009) eher von Ratlosigkeit geprägt war, standen in diesem Jahr vor dem Hintergrund der jüngst durchgeführten Wahlen zum Europäischen Parlament und mit Blick auf die anstehenden Einberufung der neuen EU-Kommission im kommenden Herbst die Zeichen vielmehr auf Sturm. In Angriff genommen werden sollte dabei am 18. und 19. Juni neben der personalpolitischen Grundsatzentscheidung über den künftigen Kommissionspräsidenten auch der grundlegende Beschluss über eine Architektur der europäischen Finanzmarktaufsicht. Weitere wichtige Punkte waren die Weichenstellungen für einen europäischen Beitrag zum Schutz des Weltklimas sowie die rechtliche Ausgestaltung der Zusicherungen vom letzten Dezember-Gipfel (Brüssel Aktuell 38/2008) an das irische Volk im Hinblick auf den kommunalfreundlichen Lissabon-Vertrag. Durch diese Garantien sollten die irischen Bedenken gegenüber dem Eingriff in die nationale Souveränität entkräftet werden. Ob damit der endgültige Durchbruch auf europäischer Ebene für den Abschluss des Ratifikationsverfahrens erzielt wurde, bleibt abzuwarten. Zumindest wurde dadurch aber eine wichtige politische Hürde genommen, so dass der irische Premierminister Cowen noch während des Gipfels eine zweite Abstimmung in seinem Land für Anfang Oktober ankündigen konnte...

EU-Depeschen

- *Ergebnisse des Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle 2007*
 - *Arbeitsprogramm zum Start der schwedischen Ratspräsidentschaft ab 1. Juli 2009 vorgelegt*
 - *Neuer Abfallbericht veröffentlicht*
 - *Erneuter Aufruf zur Projekteinreichung für die RegioStars Awards 2010*
 - *EuGH-Urteil zur Gleichbehandlungsrichtlinie*
 - *Kommissionsmitteilung und Konsultation zur nachhaltigen Zukunft für den Verkehr*
-

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 24/2009

(26.06. - 03.07.2009)

Thema der Woche

Karlsruhe billigt Lissabonvertrag - Nachbesserung durch den Gesetzgeber erforderlich

Am 30. Juni verkündete der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts das lang erwartete Urteil zum Vertrag von Lissabon (Az.: 2 BvE 2/08, 2 BvE 5/08, 2 BvR 1010/08, 2 BvR 1259/08 u. 2 BvR 182/09). Demnach sind das Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon sowie das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Änderungsgesetz) verfassungsgemäß. Hinsichtlich des Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der EU (Ausweitungsgesetz) stellten die Verfassungsrichter einen Verstoß gegen Art. 38 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 GG fest, da Bundestag und Bundesrat im Rahmen von europäischen Rechtssetzungs- und Vertragsänderungsverfahren keine ausreichenden Beteiligungsrechte erhalten. Der Gesetzgeber muss hier nun nachbessern. Bis dahin darf die Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik Deutschland nicht hinterlegt werden. Die Entscheidung der Karlsruher Richter erging in der Sache einstimmig, hinsichtlich der Gründe mit 7:1...

Aus dem Rat

Bodenschutzrichtlinie weiter blockiert - Grünbuch zum Bio-Abfall beschlossen

Am 25. Juni tagte der Umweltrat in Luxemburg unter Vorsitz des tschechischen Umweltministers Ladislav Miko. Aus kommunaler Sicht waren insbesondere die Tagsordnungspunkte zum Grünbuch über die Bewirtschaftung von Bioabfall, zur Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für den Bodenschutz und zur Richtlinie zur Vermeidung und Verringerung von Industrieemissionen interessant...

Aus der Kommission

Handeln und Anpassen - Klimawandel im Fokus der „Grünen Woche 2009“ in Brüssel

Vom 23. bis zum 26. Juni veranstaltete die Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission in Brüssel bereits zum neunten Mal die sogenannte „Green Week“ („Grüne Woche“). Die jährlich stattfindende Konferenz zur EU-Umweltpolitik, an der über 4500 Experten teilnahmen, stand unter dem Motto „Climate Change: act and adapt“ (Klimawandel: Handeln und Anpassen). In insgesamt 36 Vortrags- und zahlreichen Begleitveranstaltungen konnten sich die Teilnehmer rund um das Thema Klimawandel informieren...

Aus dem Ausschuss der Regionen

EU-Donauraum-Strategie: Initiativbericht findet große Zustimmung in der Fachkommission

Am 24. Juni waren die Mitglieder der sog. Fachkommission für Außenbeziehungen und dezentralisierte Zusammenarbeit im Brüsseler Ausschuss der Regionen zur ihrer 18. und letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammengekommen. Den Hauptpunkt auf der Tagesordnung stellte dabei die Abstimmung über einen Initiativbericht des baden-württembergischen Staats- und Europaministers, Prof. Dr. Wolfgang Reinhart zur EU-Strategie für den Donauraum dar. Die deutliche Mehrheit, die der Initiativbericht bei nur einer Gegenstimme unter den Ausschussmitgliedern fand, rührte dabei nicht zuletzt vom optimalen Abstimmungszeitpunkt her. So antizipiert der AdR damit doch vor dem Hintergrund der jüngsten Forderungen des EU-Ratsgipfels nach Ausarbeitung einer EU-Strategie für den Donauraums durch die EU-Kommission mit dieser Stellungnahme auf ungewöhnliche Weise aktuellste Entwicklungen auf EU-Ebene...

Förderprogramme

URBACT II: Netzwerke für die Stadtentwicklung

Im Rahmen des EU-Programms URBACT II, das Städte und städtische Akteure bei der Netzwerkbildung und beim Erfahrungsaustausch zu städtischen Themen unterstützt, wurde am 16. Juni ein Projektauftrag veröffentlicht. Insgesamt sollen zwölf thematische Netzwerke und zwei Arbeitsgruppen für eine Förderung ausgewählt werden. Die Projekte müssen zu einem der ausgeschriebenen Themenblöcke passen, die unter die Schwerpunkte „Städte - Motoren für Wachstum und Beschäftigung“ sowie „Attraktive und kohäsive Städte“ fallen. Die Frist für die Einreichung der Interessensbekundung läuft noch bis zum 25. September 2009...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Erster Deutsch-Belgischer Kommunalpartnerschaftstag in Brüssel

Am 29. Juni fand auf Initiative der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beim Königreich Belgien der erste deutsch-belgische Kommunalpartnerschaftstag in Brüssel statt. Rund 130 Teilnehmer folgten der Einladung der Botschaft in die Räumlichkeiten der Landesvertretung Baden-Württemberg und hatten die Möglichkeit neue Trends im Bereich der Kommunalpartnerschaften kennenzulernen und aktuelle Herausforderungen zu erkennen und zu diskutieren. Eine Mischung aus Podiumsdiskussionen, Vortragsreihen, Erfahrungsaustausch in Kleingruppen sowie die Ehrung von Partnerschafts-Jubiläen trugen zu einem weitreichenden Erkenntnisgewinn im Rahmen dieser erstmalig durchgeführten Veranstaltung bei. Auf Grund der großen Nachfrage wurde deren Fortführung sowie eine offizielle Tagungsdokumentation im Nachgang zur Veranstaltung bereits in Aussicht gestellt...

EU-Depeschen

- *EU-Kommission veröffentlicht Leitfaden für Regionalbeihilfen*
 - *EU-Richtlinie über Erneuerbare Energien: Muster für Nationale Aktionspläne veröffentlicht*
 - *Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Tabakrauch*
 - *EU startet Klick-einen-Baum Initiative*
 - *2012 möglicherweise Europäisches Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen*
-

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 25/2009

(03. - 10.07.2009)

Aus der Kommission

1. Sechster Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt vorgelegt

Ursprünglich bereits für Anfang Juni angekündigt, ist am 25. Juni nunmehr der „Sechste Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt“ (zuletzt Brüssel Aktuell 20/2008) mit einigen Wochen Verzögerung durch die EU-Kommission angenommen worden. Geschuldet war dies sicherlich nicht zuletzt auch dem Umstand, dass der Bericht neben dem jährlichen Zwischenstand zur EU-Kohäsionspolitik auch die ersten Schlussfolgerungen aus den Konsultationsergebnissen zum Grünbuch über den Territorialen Zusammenhalt vom Herbst 2008 enthält (zuletzt Brüssel Aktuell 10/2009). Inhaltlich definiert der Bericht Kreativität und Innovation als Schlüsselfaktoren zu Bewältigung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Eine Visualisierung erfahren die ausformulierten Analyseergebnisse durch insgesamt elf, dem Bericht beigefügte Merkblätter, welche die bedeutsamsten Kreativitäts- und Innovationsfaktoren anschaulich kartierenend...

2. „Engagement für Beschäftigung“: Kommission schlägt Mikrofinanzierungsinstrument vor

Am 2. Juli hat die EU-Kommission einen Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines europäischen Mikrofinanzierungsinstruments für Beschäftigung und soziale Eingliederung (PROGRESS-Mikrofinanzierungsinstrument) vorgeschlagen. Dieses neue Instrument hatte sie bereits in ihrer Mitteilung vom 3. Juni über ein „Gemeinsames Engagement für Beschäftigung“ angekündigt. Ziel ist es, Kleinunternehmer und Arbeitslose, die ihr eigenes Unternehmen gründen wollen, mit Kleinstkrediten zu unterstützen. Hierfür ist vorgesehen, im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2013 rund 100 Mio. € vom Programm PROGRESS (Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität) auf das neue PROGRESS-Mikrofinanzierungsinstrument umzuverteilen.

Aus den Regionen

„Pro Lebensqualität“ - Gemeinden im ländlichen Raum vernetzen sich über INTERREG

Am 1. Juli wurde in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg ein gar außergewöhnliches Projekt der letzten INTERREG-Periode III in der grenzüberschreitenden Ausrichtung (Förderkulisse „Alpenrhein - Bodensee - Hochrhein“) vorgestellt. Bei diesem hatten insgesamt zehn selbständige Gemeinden aus den baden-württembergischen Landkreisen Tuttlingen und Sigmaringen und dem österreichischen Voralberg mit einer Einwohnerzahl zwischen 450 und 1600 mitgewirkt. Unbeeindruckt von gegenwärtigen Verheißungen ob der angeblich besonders hohen EU-Förderfähigkeit von Metropolregionen hatten sich die Kommunen mit ihren kleinräumigen Strukturen auf ihre eigenen Stärken besonnen und sich unter dem Motto „Hilf dir selbst, dann wird/ist dir geholfen“ zu einem breit angelegten Entwicklungsnetzwerk über Landkreis- und Landesgrenzen hinweg zusammengeschlossen.

Förderprogramme

„Kultur“ (2007 - 2013)

Die EU-Kommission hat im Amtsblatt C 151/ 25 vom 3. Juli 2009 die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen aus dem Programm Kultur 2007 - 2013 veröffentlicht. Es können in diesem Rahmen mehrjährige Kooperationsprojekte, Kooperationsmaßnahmen, Projekte zur kulturellen Zusammenarbeit mit Drittländern und Unterstützungen für auf europäischer Ebene tätige kulturelle Einrichtungen beantragt werden. Die Antragsfristen liegen je nach Maßnahme zwischen dem 1. Oktober 2009 und dem 1. Mai 2010.

EU-Depeschen

- *Europäischer Rat verabschiedet Erklärung zu Arbeitnehmer-Rechten, Sozialpolitik und Daseinsvorsorge*
 - *Anmeldung für die OPEN DAYS 2009 in Brüssel*
 - *Neue Broschüren mit best practice-Beispielen aus dem EU-Förderprogramm „Intelligente Energie Europa“ (IEE) verfügbar*
 - *Neuer Bericht zu Betreuungseinrichtungen für Kinder*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 26/2009

(10 - 17.07.2009)

Aus dem Parlament:

Abgeordnete kommen zur konstituierenden Sitzung in Straßburg zusammen

Nach der Europawahl am 7. Juni (vgl. Brüssel Aktuell 21/2009) kamen die insgesamt 736 neu bzw. wiedergewählten Abgeordneten in dieser Woche am 14. Juli zur konstituierenden Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg zusammen. Dem vorausgegangen waren Anfang Juli bereits die ersten Fraktionssitzungen. In erster Linie ging es bei den ersten Sitzungen des neuen Parlaments um die Vergabe von Schlüsselämtern im Parlament und in den Ausschüssen. Die konstituierenden Sitzungen der letztgenannten fanden zum Teil ebenfalls schon in dieser Woche am 16. Juli statt.

Aus der Kommission:

Konsultation zu Mobilitätsmöglichkeiten für junge Menschen gestartet

Am 8. Juli hat die Europäische Kommission ein Grünbuch mit dem Titel „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ veröffentlicht. Dadurch soll eine Debatte darüber angeregt werden, wie die Chance junger Menschen erhöht werden kann, durch einen Auslandsaufenthalt ihre Kenntnisse und Fertigkeiten zu verbessern. Ziel ist es, möglichst viele Fachrichtungen und Bereiche in die Diskussion über Mobilität von Jugendlichen zu Lernzwecken einzubeziehen und den Aufenthalt im Ausland von der Ausnahme zur Regel zu machen. Mit diesem Grünbuch hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet, bei der bis zum 15. Dezember 2009 Stellungnahmen eingereicht werden können.

Förderprogramme

Bewerbungsaufruf: Die Europäischen Unternehmerpreise 2010

In diesem Jahr wird bereits zum vierten Mal der Europäische Unternehmenspreis („European Enterprise Award“, zuletzt Brüssel Aktuell 15/2008) von der EU-Kommission in allen 27 EU-Mitgliedstaaten sowie in Island, Norwegen und der Türkei ausgeschrieben. Er prämiiert herausragende Leistungen von öffentlichen Einrichtungen und öffentlich-privaten Partnerschaften in fünf Wettbewerbskategorien. Ausgezeichnet werden innovative und erfolgreiche Maßnahmen, die die unternehmerische Tätigkeit auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene fördern.

Veranstaltung, Seminare und Konferenzen

2009 - Ein Jahr im Blickpunkt der Kreativität und Innovationen

Das Jahr 2009 hat die EU zum Europäischen Jahr der Kreativität und Innovationen erklärt (vgl. Brüssel Aktuell 37/2008). Damit soll der herausragenden Bedeutung geistigen Schaffens für die Zukunftsfähigkeit Europas entsprechend Rechnung getragen

werden. In Brüssel fand am 8. und 9. Juli nunmehr die „Second Flagship Conference“ statt, die die Regionen in den Mittelpunkt stellte. Insbesondere wurde betont, dass gerade in Zeiten der globalen Rezession die Bedeutung von Kreativität und Innovationen nicht verkannt werden dürfe.

EU-Depeschen

- *AGEG-Cross Border Award 2009 „Sail of Papenburg“*
 - *Bericht über Erhaltungszustand von Europas empfindlichsten Lebensraumtypen und Arten*
 - *2. Oktober 2009 als Termin für irisches Referendum zum Lissabon-Vertrag festgesetzt*
 - *Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung veröffentlicht Jahresbericht 2008*
Neue Initiative „Jugend und Gesundheit“ der Kommission
-

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 27/2009

(17 - 24.07.2009)

Aus der Kommission:

Bericht zu europaweiten Kennzahlen im Bildungswesen vorgelegt

Kurz vor der institutionellen Sommerpause hat die Europäische Kommission am 16. Juli einen Bericht zu Kennzahlen im europaweiten Bildungsbereich vorgestellt, der sowohl die bedeutsamsten positiven Entwicklungen als auch die zukünftigen Herausforderungen für die nationalen Bildungssysteme über EU-Grenzen hinweg skizziert. Insgesamt liefert der Bericht Antworten auf eine Reihe von Fragen, wie z. B. darüber, in welchem Umfang Eltern in den verschiedenen europäischen Ländern entscheiden können, welche Schule ihre Kinder besuchen, welche Länder pro Schüler am meisten ausgeben und ihre Lehrkräfte am besten bezahlen oder wie Schulen mit Schülern umgehen, für die die Unterrichtssprache nicht ihre Muttersprache ist. Insgesamt gesehen identifiziert der Bericht europaweit eine allgemeine Tendenz zu mehr Schulautonomie.

Aus dem Gerichtshof:

Kosten für die Abfallbeseitigung kann geschätzt werden

Der Europäische Gerichtshof entschied am 16. Juli zwei Fälle zum Umweltrecht. Zum einen beschäftigte er sich in der Rechtssache C-254/08 mit der Auslegung von Art. 15 a der Richtlinie 2006/12/EG über Abfälle (im Folgenden: Richtlinie) sowie dem sogenannten Verursacherprinzip. Die Richter kommen in diesem Vorabentscheidungsverfahren zu dem Ergebnis, dass die Kosten für die Beseitigung von Siedlungsabfällen nicht nach Maßgabe der tatsächlichen Abfallerzeugung berechnet werden muss, sondern auch für den einzelnen Betreiber geschätzt werden können. Zum anderen verfestigte der EuGH in der Rechtssache C-427/07 seine Rechtsprechung zur Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (im Folgenden: UVP-Richtlinie).

Förderprogramme

„Europa für Bürgerinnen & Bürger“: Tipps zur Antragsstellung bei Kommunalpartnerschaften

Aus aktuellem Anlass - einige Gemeinden und Städte aus Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen erhielten in der letzten Antragstranche des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ - Städtepartnerschaften keine Zuschläge - hat die Bürogemeinschaft ein informelles Gespräch mit einer von der EACEA (Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur) der Europäischen Kommission für die Auswahl der Projekte Beauftragten geführt, um aus erster Hand Tipps zu erhalten, wie künftige Anträge verbessert werden können. Dabei konnten wichtige Hinweise und Neuigkeiten für die bevorstehenden Antragstranchen, aber auch klare Worte hinsichtlich der Qualität der

eingereichten Projekte vernommen werden.

EU - Russland: Zwei Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen

Am 7. Juli hat die Europäische Kommission zwei Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen veröffentlicht. Als Teil des Programms zur Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland werden im Rahmen des Partnerschaftsprogramms zum Aufbau von Institutionen (IBPP) mit dem ersten die kulturelle Kooperation mit Russland unterstützt sowie kreative und innovative künstlerische Projekte mit europäischer Dimension gefördert. Hierfür werden Mittel in Höhe von 2 Mio. € bereit gestellt. Auf der anderen Seite sollen mit dem zweiten Aufruf im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) und dessen IBPP transnationale Projekte gefördert werden, mit denen Partnerschaften zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft und lokaler Initiativen - in diesem Fall nur solche in Russland - unterstützt werden. Das Budget beläuft sich auf 3 Mio. €.

Veranstaltung, Seminare und Konferenzen

Frist zur Anpassung nicht konformer Abfalldeponien abgelaufen

Am 16. Juli organisierte CEEP (Centre of Employers and Enterprises providing public services) zusammen mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel eine Konferenz zum Thema Deponien und Abfallbeseitigung. Anlass der Veranstaltung war die am selben Tag endende Frist für die Anpassung nicht konformer Abfalldeponien an die Richtlinie 1999/31/EG über Abfalldeponien. Als Höhepunkt der Konferenz verständigten sich verschiedene Vertreter aus dem AdR, dem deutschen Verband kommunaler Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im Verband kommunaler Unternehmen (VKS im VKU), der Europäischen Kommission und CEEP auf gemeinsame Forderungen an die Europäischen Institutionen.

EU-Depeschen

- Restliche Vorsitze in den Parlamentsausschüssen vergeben
- Kommission billigt Fristverlängerung für Feinstaubgrenzwerte
- Monatlicher Bericht über die Arbeitsmarktlage in der EU
- Übereinkunft zum Schutz der Arbeitnehmer im Gesundheitsbereich
- EuGH bejaht Ausschreibungspflicht gesetzlicher Krankenkassen
- Neuaufgabe des Binnenmarktanzeigers veröffentlicht

VI. In eigener Sache

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser von *Brüssel Aktuell*,

auf Grund der Sommerpause und den damit verbundenen Ferien in den europäischen Institutionen erscheint die nächste Ausgabe von *Brüssel Aktuell* am 4. September 2009. Wir wünschen angenehme Sommerferien!

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 28/2009

(24.07. - 04.09.2009)

Aus dem Parlament

Ausschüsse diskutieren BVerfG-Urteil sowie die Gebäude- und Zahlungsverzugsrichtlinie

In der Woche vom 31. August bis 3. September fanden in Brüssel die ersten Ausschusssitzungen des im Juni neu gewählten Parlaments statt. In diesen kritisierten die Abgeordneten u. a. das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon, das ihrer Meinung nach die Integration in die EU verkennt und blockiert. Breite Zustimmung fand dagegen die geplante Novellierung der Gebäuderichtlinie, bei der nun im Trilog-Verfahren zwischen EU-Kommission, EU-Ministerrat und EU-Parlament ein Kompromiss gefunden werden soll. Im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz befürworteten die Parlamentarier den Schutzzweck des Richtlinienvorschlages zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr, zweifelten jedoch deren Effektivität und Praktikabilität an...

Aus der Kommission

Mitteilung zur nachhaltigen Zukunft für den Verkehr

Bereits vor der Sommerpause veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung unter dem Titel „Eine nachhaltige Zukunft für den Verkehr: Wege zu einem integrierten, technologieorientierten und nutzerfreundlichen System“. In einer Art Bestandsaufnahme nennt die Mitteilung sechs Herausforderungen, die die Verkehrspolitik in den nächsten Jahrzehnten zu bewältigen hat. Hierzu zählen Demographie, Migration, Umwelt, Ölpreissteigerung, Verstädterung sowie ein wachsender Transportbedarf. Politisches Ziel ist es vor allem, die Verkehrspolitik nachhaltig zu gestalten und die Gesamtqualität des Verkehrs zu verbessern. Die Mitteilung dient der Vorbereitung für ein neues Weißbuch für die Verkehrspolitik, das für das Jahr 2010 geplant ist. Dieses soll die künftigen Entwicklungen in diesem Bereich bis 2020 regeln. Zuletzt hatte die Kommission im Jahr 2001 ein Weißbuch zur Verkehrspolitik 2010 vorgelegt, das 2006 aktualisiert wurde. Angeschlossen ist der Mitteilung eine Konsultation zur Zukunft des Verkehrs, an dem sich interessierte Kreise bis 30. September beteiligen können...

Förderprogramme

1. Neuerungen beim Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Die Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) nutzte die Sommerpause, um ohne großes Aufheben einige Neuerungen im Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

einzuführen (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 27/2009). Von großer Bedeutung ist dabei die Umstellung des Antragsverfahrens auf ein Online-System. Aus Antragstellersicht positiv zu vermelden ist die Verlängerung der aktuellen Einreichungsfrist für Projektanträge im Rahmen der Aktion 1, Maßnahme 1.1 (Bürgerbegegnungen) und 1.2 („thematische Netzwerke“) auf den 30. September. Ebenso lautlos korrigierte die EACEA das Zuschussformular für die Anträge nach Aktion 1, Maßnahme 1.2....

2. Programm „Jugend in Aktion“: Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen zur Aktion 4.6

Am 25. August veröffentlichte die EU-Kommission einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Unteraktion 4.6 des Programms „Jugend in Aktion“ (vgl. Amtsblatt C 199/14). Mit dieser Aufforderung sollen Partnerschaften zwischen der Europäischen Kommission und Regionen, Kommunen oder europäischen Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden, die ihre langfristigen Aktionen, Strategien und Programme auf dem Gebiet des nicht-formalen Lernens und der Jugendpolitik weiterentwickeln oder verstärken möchten. Insgesamt wurden hierfür Mittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro bereitgestellt. Bewerbungsfrist ist der 1. Dezember 2009...

Veröffentlichungen aus dem Amtsblatt der Europäischen Union

EU-Depeschen

- Vorschlag zur einfacheren Verwaltung der Europäischen Kohäsionsfonds
 - 5. Zwischenbericht zur Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie veröffentlicht
 - EU-Fortschritte im Klimawandel
 - Broschüre zu Umweltschutzmaßnahmen im kommunalen Bereich
 - EU-GreenLight-Programm: Villingen-Schwenningen als „leuchtendes Beispiel“ ausgezeichnet
 - EU-Rechnungshof kritisiert Aktionsprogramm „Öffentliche Gesundheit (2003-2007)“
 - Jahresbericht über Wettbewerbspolitik 2008 veröffentlicht
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 29/2009

(04. - 11.09.2009)

Aus dem Parlament

Abstimmung über zweite Amtszeit von Barroso am 16. September

Auf „Stimmenfang“ in die Fraktionen hat sich in dieser Woche José Manuel Barroso begeben müssen. Nach einstimmiger Nominierung durch die Staats- und Regierungschefs im Juli schob das Europäische Parlament in seiner ersten Sitzungswoche noch vor der Sommerpause seinem Durchmarsch in die zweite Amtszeit erst einmal einen Riegel vor, indem die Abstimmung hierüber gar nicht erst auf die Tagesordnung genommen worden war (vgl. Brüssel Aktuell 26/2009). Den Forderungen der Fraktionen entsprechend nutzte der EU-Kommissionspräsident die Sommerpause zur Erarbeitung des Programms „Politische Leitlinien für die nächste Kommission“, mit welchem er sich in dieser Woche zu Gesprächen mit den Fraktionen ins Europäische Parlament begab. Die Konferenz der Präsidenten bestätigte am Donnerstag, dass die Abstimmung über die zweite Amtszeit Barrosos am kommenden Mittwoch, 16. September 2009, stattfinden soll...

Aus der Kommission

1. Ergänzung des BIP durch ökologische und soziale Daten zur Feststellung des Fortschritts

Im Rahmen einer am 8. September in Brüssel stattfindenden Veranstaltung stellte die EU-Kommission ihre am 20. August verabschiedete Mitteilung mit dem Titel „Das BIP und mehr: Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ vor. Ziel der Mitteilung ist es, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für die Wirtschaftstätigkeit mit weiteren sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Daten und Indikatoren zu ergänzen. Hierdurch soll eine zuverlässigere Wissensgrundlage für eine bessere öffentliche Diskussion und eine sachgerechtere Entscheidungsfindung geschaffen werden...

2. Pilotprojekt zur Erforschung der Luftqualität an Schulen soll gefördert werden

Die Europäische Kommission hat am 7. August vier Mio. € zugunsten eines Pilotprojektes zur Erforschung der Luftqualität in Schulen bereitgestellt. Vor dem Hintergrund, dass sich rund 20 % der europäischen Bevölkerung täglich mehrere Stunden in geschlossenen Räumen, insbesondere in Schulen, aufhalten und gerade für Schulen die Forschungslage sehr dünn ist, soll durch dieses Projekt das Wissen über die Luftqualität verbessert werden. Darüber hinaus besteht für die Außenraumluft bereits ein umfassendes Regelwerk, während im Bereich der Innenraumluft bislang kaum Erkenntnisse und dementsprechend wenig Vorgaben bestehen...

Förderprogramme

1. INTERREG IV B: Fünfter Aufruf im Kooperationsraum „Nordwesteuropa“

Im Rahmen der aktuellen Förderperiode 2007-2013 für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) ist am 7. September der mittlerweile 5. Aufruf zur Einreichung von Förderanträgen für den Kooperationsraum „Nordwesteuropa“ im Unterbereich der Transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B) erfolgt (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 12/2009). Förderziel des Programms ist es, die Wettbewerbsfähigkeit, den Umweltschutz und die Kohäsion im Raum Nordwesteuropa weiter zu verbessern. Im Rahmen von Partnerschaftsprojekten sind ebenfalls Kommunen aus den bayerischen Regierungsbezirken Ober-, Mittel-, Unterfranken und Schwaben sowie ganz Baden-Württemberg antragsberechtigt. Sachsen liegt nicht in diesem Kooperationsraum. Für die aktuelle fünfte Förderrunde können Anträge bis zum 7. Oktober 2009 eingereicht werden...

2. EU-Kulturförderung: Best practice und Ausschreibungen

Kommunen fragen des Öfteren nach guten Beispielen erfolgreich geförderter EU-Kulturprojekte. Nun hat die deutsche Kontaktstelle für die Kulturförderung der EU, der Cultural Contact Point Germany (CCP) auf seiner Homepage eine Zusammenstellung der in Deutschland in den letzten Jahren von der Europäischen Union geförderten Kultur-Projekte veröffentlicht. Während der Sommerpause wurden außerdem zwei für den Kulturbereich interessante Ausschreibungen veröffentlicht. Zum einen im Rahmen des EU-Programms „Kultur“ (2007 - 2013) der sog. „Europa Nostra Award 2010“ und zum anderen ein Aufruf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Einreichung von Projektanträgen zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010“ ...

EU-Depeschen

- Gemeinsames Neuansiedlungsprogramm der EU für Flüchtlinge aus Drittstaaten
 - Europäische Innovationspolitik: Small Business Act erfolgreich
 - Gebäude sind die größten Luftverschmutzer
 - Schwedische Regionen geben lokale Antworten auf globale Herausforderungen
 - EuGH hält staatliche Glücksspielmonopole für zulässig
 - EU-Kommission genehmigt Übernahme mehrerer Wasserver- und -entsorger in Frankreich
 - Kritische Studie zur EU-Beihilfenpolitik
 - EACEA - Antragsformulare endlich auf Deutsch verfügbar
-

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 30/2009
(11. - 18.09.2009)

Aus der Kommission

Checkliste zur Genehmigungsfähigkeit von Projekten in Natura 2000-Gebieten

Zum Natura 2000-Netzwerk, das im Jahr 1992 durch die Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (im Folgenden: FFH-Richtlinie) geschaffen wurde, hat die EU-Kommission ihre Broschüre „Natura 2000“ aktualisiert. In dieser wird auf die Vorteile und Möglichkeiten hingewiesen, die mit der Schaffung des Natura 2000-Netzwerkes verbunden sind. Angestrebt wird die Vereinbarkeit von Umweltschutz und Nutzbarmachung der Natur durch den Menschen. Die Broschüre gibt Hinweise für das Management der Natura 2000-Gebiete und liefert zudem Informationen zur Genehmigungsfähigkeit von Projekten in derartigen Gebieten...

Aus dem Gerichtshof

Kommunalfreundliche Auslegung des Begriffs der Dienstleistungskonzession

Am 10. September fasste der Europäische Gerichtshof in der Rechtsache C-206/08 ein für die Kommunen positives Urteil. In diesem grenzt der EuGH den Begriff der Dienstleistungskonzession im Sinne der Richtlinie 2004/17 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (im Folgenden Richtlinie) zu dem des Dienstleistungsauftrags ab. Insbesondere stellen die Richter klar, dass bei einer Dienstleistungskonzession die Gegenleistung in dem Recht zur Nutzung der Dienstleistung besteht und es genügt, wenn dem Auftragnehmer das bestehende Risiko des Auftraggebers im Wesentlichen übertragen wird...

Aus den Europäischen Verbänden

Projekte für Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

Unter dem Titel „Klimachampions finanzieren - Einschaltung von Kommunen in lokale Klimaaktionen“ luden am 15. September die dänischen kommunalen Vertreter in Brüssel zu einer Diskussion ein. Vorgestellt wurde zum einen von der Organisation „Kommunen für Nachhaltigkeit (ICLEI)“ deren Projekt „LG Action“, das den Kommunen eine eigene Stimme in der internationalen Klimadebatte verleihen und sie bei ihrer Arbeit unterstützen soll. Zum anderen berichtete ein Vertreter der Kommission und der Europäischen Investitionsbank (EIB) von Möglichkeiten zur Finanzierung des Konvents der Bürgermeister/innen, wobei insbesondere das Programm ELENA hervorgehoben wurde...

Förderprogramme

ESPON: Angewandte Forschungsprojekte zur Raumentwicklung

Im Rahmen des EU-Programms ESPON, das Forschungseinrichtungen und lokale Behörden bei der angewandten Forschung zu Themen der Raumentwicklung unterstützt, wurde am 10. September im EU-Amtsblatt C 216/9 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und ein Aufruf zur Interessensbekundung veröffentlicht. Themen wie „Attraktivität europäischer Städte und Regionen für Bevölkerung und Besucher“, „Europäische Raumplanungsmodelle“, „Territoriale Zusammenarbeit in transnationalen Zonen sowie über innere und äußere Grenzen hinweg“ oder „Verkehrsanbindung auf lokaler und regionaler Ebene und Modelle in Europa“ sind in diesem Aufruf unter anderem genannt. Insgesamt stehen 14,91 Mio. € für bis zu 31 neue ESPON Forschungsprojekte zur Verfügung. Öffentliche Einrichtungen können bis zum 11. November 2009 ihre Interessensbekundung einreichen...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Woche der lokalen Demokratie: Die Vorzüge kommunaler Selbstverwaltung bewerben

Wie diese Tage von unserem europäischen Dachverband, dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas, darauf hingewiesen wurde, findet vom 12. bis 18. Oktober 2009 bereits zum dritten Mal die „Europäische Woche der lokalen Demokratie“ (European Local Democracy Week) statt. Diese Maßnahme fungiert als Aufhänger, um die Vorteile der lokalen Selbstverwaltung den Bürgern europaweit näher zu bringen, eine Politik der Transparenz zu fördern und darüber hinaus die Beteiligung am öffentlichen Diskurs auf der kommunalen Ebene anzuregen. Die Aktionswoche geht ursprünglich auf eine gemeinsame Initiative des Kongresses der Gemeinden und Regionen (KGRE) und dem Lenkungsausschusses für lokale und regionale Demokratie innerhalb des Europarates zurück. Alle Kommunen Europas sind dazu aufgerufen, sich mit weitgefächerten Aktionsprogrammen zu beteiligen und selbst von den Maßnahmen zu profitieren...

EU-Depeschen

- *Die regionalen Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserressourcen der Alpen*
- *Mehr Kooperationsmöglichkeiten: Schweiz soll künftig an EU-Bildungsprogrammen teilnehmen*
- *Auslegung der Vogelschutzrichtlinie 79/409/EWG durch den EuGH*
- *Zweite Amtszeit beschlossene Sache - Parlament bestätigt Barroso*
- *Kommission veröffentlicht Wegweiser zum Reformvertrag*
- *Europäische Charta für Straßenverkehrssicherheit*
- *Europäische Mobilitätswoche*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 31/2009

(18. - 25.09.2009)

Aus der Kommission

Leitlinien zur Anwendung der Beihilfenvorschriften auf Breitbandnetze veröffentlicht

Die EU-Kommission hat am 17. September die Leitlinien der Gemeinschaft zur Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau veröffentlicht. Das Dokument berücksichtigt die Kommentare der Mitgliedstaaten und Interessenvertreter, die im Laufe der öffentlichen Konsultation eingebracht wurden. Ergänzungen gegenüber dem Entwurfsdokument (Brüssel Aktuell 20/2009) wurden hauptsächlich im zweiten Abschnitt des neu gefassten Dokuments unter dem Punkt „Politik der Kommission im Bereich der staatlichen Beihilfen für Breitbandvorhaben“ eingefügt...

Aus dem Ausschuss der Regionen

1. Konferenz zum Mehrebenen-Regieren in Europa: Politik und Wissenschaft im Dialog

Am 22. September luden der Brüsseler Ausschuss der Regionen (AdR) zusammen mit dem traditionsreichen „College d'Europe“ zu einer thematischen Tageskonferenz über das Regieren im Europäischen Mehrebenensystem nach Brügge. Im Mittelpunkt stand dabei das vor der Sommerpause verabschiedete Weißbuch zum Mehrebenen-Regieren des AdR (vgl. Brüssel Aktuell 22/2009), zu dessen noch bis Ende November andauernden Konsultationsverfahren die Konferenz den Auftakt bildete. Folglich kam eine Reihe kommunaler Mandatsträger aus unterschiedlichen Teilen der EU mit führenden Persönlichkeiten aus der Politikforschung zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch darüber zusammen, welche künftige Rolle subnationale Gebietskörperschaften innerhalb des immer stärker verflochtenen EU-Systems spielen können bzw. müssen. Ein Fazit: Die gegenwärtige Phase des Umbruchs bietet - sowohl mit Blick auf die stabilisierende Wirkung kommunaler Daseinsvorsorgeleistungen in Zeiten einer globalen Wirtschafts- und Finanzkrise als auch im Lichte institutioneller Reformen auf EU-Ebene durch den Lissabon-Vertrag - eine einzigartige Möglichkeit, die es zu nutzen gilt...

2. Beteiligung der Kommunen an der Neufassung der Trinkwasserrichtlinie

Auf einer Veranstaltung lud der Ausschuss der Regionen am 21. September Interessenvertreter aus Städten und Regionen ein, um im Hinblick auf die geplante Überarbeitung der Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch 98/83/EG (im Folgenden: Trinkwasserrichtlinie) zu informieren und Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Durch eine Novellierung der Richtlinie soll diese insbesondere an den Stand der Wissenschaft angepasst werden, um so den neuen Anforderungen an die Trinkwasserversorgung zu genügen. Die Kommission plant dabei, lokale und regionale Gebietskörperschaften in die Folgenabschätzung einzubeziehen. Dies soll in Form eines Online-Fragebogens erfolgen, in dem Kommunen ihre Erfahrungen bezüglich Trinkwassersicherheitskonzepten und kleinen Wasserversorgungseinheiten an die EU-Generaldirektion Umwelt übermitteln sollen...

3. Runder Tisch zum Thema „EU-Strategie für die Jugend“

Am 17. September hat sich die Fachkommission für Kultur, Bildung und Forschung des Ausschusses der Regionen (AdR) erstmals mit der EU-Strategie der Kommission „Strategie für die Jugend - Investitionen und Empowerment“ vom 27. April beschäftigt (vgl. Brüssel Aktuell 17/2009). Die grundsätzliche Entscheidung der Kommission, auf dem Gebiet der Jugendpolitik neue Impulse zu setzen, wurde durch die Reihen hindurch geteilt. An dem konkreten Konzept der Strategie gab es jedoch teils heftige Kritik, insbesondere was die Breite der Aktionsfelder und Maßnahmen betrifft. Hier plädierten die Mitglieder des AdR eher für spezifische Ansätze mit klaren Prioritäten. Darüber hinaus wurde ein Diskussionspapier zu der „überarbeiteten Europäischen Strategie - Investitionen in die Jugend“ der Fachkommission vorgestellt. Zudem besteht für lokale und regionale Akteure die Möglichkeit, sich bis zum 23. Oktober 2009 im Rahmen eines Konsultationsverfahrens an der Arbeit der Fachkommission zu beteiligen...

Aus dem Gerichtshof

Interkommunale Zusammenarbeit: Inhouse-Vergabe an italienische Aktiengesellschaft

Der Europäische Gerichtshof beschäftigte sich am 10. September mit einem Vorabentscheidungsverfahren in der Rechtssache C-573/07 „Sea Srl gegen Commune di Ponte Nossa“. In seinem Urteil kommt er zu dem Ergebnis, dass eine freihändige Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an eine vollständig in öffentlichem Eigentum stehende Aktiengesellschaft zulässig ist, wenn der öffentliche Auftraggeber über diese Gesellschaft eine Kontrolle wie über seine eigenen Dienststellen ausübt und die Gesellschaft ihre Tätigkeit im Wesentlichen für die öffentliche Körperschaft oder die Körperschaften, die ihre Anteile innehat bzw. innehaben, verrichtet. Eine Kontrolle wie über eigene Dienststellen liegt dann vor, wenn die Tätigkeit der Gesellschaft auf das Gebiet der öffentlichen Auftraggeber begrenzt ist und im Wesentlichen für diese ausgeübt wird. Außerdem müssen die öffentlichen Auftraggeber durch die satzungsmäßigen Organe, die aus ihren Vertretern bestehen, sowohl auf die strategischen Ziele als auch auf die wichtigen Entscheidungen der Gesellschaft ausschlaggebenden Einfluss haben...

EU-Depeschen

- *EU-Rechnungshof zeigt Mängel in der Umsetzung des Programms LIFE-Natur auf*
 - *Antragsformular für Kooperationsprojekte im Programm Kultur jetzt auf Deutsch verfügbar*
 - *Metropolregionen: GD REGIO veröffentlicht Ausgabe in der Reihe „Regional Focus“*
 - *Zweite Ausgabe der Publikation „Working Papers“ der GD Region erschienen*
 - *Eine Partnerschaft der Zukunft zwischen Kommission und Ausschuss der Regionen*
 - *Finanzbericht über EU-Haushalt 2008 vorgelegt*
 - *Zahlungen an öffentliche Verkehrsbetriebe stellen keine staatlichen Beihilfen dar*
 - *Neue Studie zur Schulbildung in der EU veröffentlicht*
 - *Meinung zum freiwilligen Engagement im Bereich des Sports gefragt*
 - *EU-Parlament in der Kritik wegen fehlender öffentlicher Ausschreibung*
 - *Beschluss des EU-Parlaments zu Waldbränden und anderen Naturkatastrophen*
 - *Rückblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU seit 2004*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 32/2009

(25.09. - 02.10.2009)

Aus der Kommission

Kommission präsentiert endlich Aktionsplan für städtische Mobilität

Das lange Warten hat ein Ende: In der am 30. September abgehaltenen Pressekonferenz stellte Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission und zuständig für Verkehrsfragen, den Aktionsplan zur städtische Mobilität vor. Der Aktionsplan knüpft an das vor genau zwei Jahren vorgelegte Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ sowie die dadurch ausgelöste Debatte an, an der sich auch das Europabüro der Bayerischen Kommunen aktiv beteiligt hatte. Im Frühjahr hatte das Europäische Parlament bereits selbst einen eigenen Aktionsplan für städtische Mobilität verfasst, da der von der Kommission für Dezember 2008 angekündigte Aktionsplan ausgeblieben war (vgl. Brüssel Aktuell 16/2009). Für die Kommission hat diese Diskussion gezeigt, dass die Maßnahmen der EU auf dem Gebiet der städtischen Mobilität einen Mehrwert bieten und zugleich die nationalen und lokalen Zuständigkeiten wahren. Erstmals präsentiert die Kommission damit ein umfassendes „Unterstützungspaket“ auf dem Gebiet der städtischen Mobilität...

Aus dem Gerichtshof

Mündliche Verhandlung: Städtebauliche Verträge auf dem Prüfstand

Am 23. September fand in Luxemburg vor dem Europäischen Gerichtshof die mündliche Verhandlung in der Rechtssache Helmut Müller GmbH (C-451/08) statt. In diesem vom Oberlandesgericht Düsseldorf vorgelegten Verfahren hat der EuGH insbesondere darüber zu entscheiden, unter welchen Voraussetzungen beim Verkauf eines Grundstücks ein Vergabeverfahren erforderlich ist. Hierzu soll der Gerichtshof v. a. Art. 1 Abs. 2 und 3 der Richtlinie 2004/18/EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (im Folgenden: Richtlinie) auslegen...

Aus dem Wirtschafts- und Sozialausschuss

Städtische Modellprojekte für ein nachhaltiges Gebäude- und Verkehrswesen

Vom 22. bis 25. September lud der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in Brüssel anlässlich des „Welterschöpfungstages“ am 25. September zu der Veranstaltung „Save it! EWSA Energieeffizienz-Tage“. Ziel der viertägigen Veranstaltung war es, der Öffentlichkeit Best-Practice-Beispiele vorzustellen, die eine nachhaltige Verminderung des Energieverbrauchs und CO₂-Ausstoßes anstreben. So setzt die Organisation „Move it“ mit einer Wanderausstellung auf Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung, wohingegen die ungarische Stadt Pécs die Attraktivität von Bussen durch modernste Technik steigern will. Die Stadt Brüssel wiederum veranstaltet einen Wettbewerb, um energieeffizientes Bauen zu fördern...

Förderprogramme

MEDIA 2007: Zwei Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen

Am 18. und am 23. September hat die Europäische Kommission zwei Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen im Rahmen des Programms MEDIA 2007 veröffentlicht. Der erste Aufruf hat zum Ziel, Unterstützung für die Fernsehausstrahlung audiovisueller Werke zu leisten, und ist mit einem Gesamtbudget von 10,4 Mio. Euro ausgestattet. Der zweite für Kultureinrichtungen der Kommunen interessante Aufruf möchte die Abhaltung von audiovisuellen Festspielen unterstützen, die eine wichtige Rolle bei der Öffentlichkeitsarbeit für europäische Werke spielen und einen besseren Zugang zu diesen ermöglichen. Die Mittelausstattung beträgt hierfür 3,5 Mio. Euro...

EU-Depeschen

- *Rat stimmt Fahrgastrechte-Verordnung und Neufassung der Ökodesign-Richtlinie zu*
 - *Erste Aussprache mit Berichterstatterin Weiler über die Zahlungsverzugsrichtlinie*
 - *EU-Parlament gibt zehn Dossiers aus der alten Legislaturperiode an die Kommission zurück*
 - *Dialog der Kommission mit den nationalen Parlamenten*
 - *Stadtwerke wenden sich gegen kommunales Örtlichkeitsprinzip in Nordrhein-Westfalen*
 - *REACH-Leitlinien online abrufbar*
 - *Neuer Bericht des Ausschusses für Sozialschutz vorgestellt*
-

In eigener Sache / Wir über uns

Kommunaler Meinungsaustausch des Europabüros zur EU-Sozialpolitik

Am 29. September fand zum zweiten Mal der vom Europabüro der Bayerischen Kommunen, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund ins Leben gerufene kommunale Stammtisch statt. Diesmal wurde zum Thema „Die sozialen Ziele der EU - Rückschritt oder Fortschritt?“ von Herrn Dr. Schulz-Weidner von der Deutschen Sozialversicherung referiert...

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 33/2009

(02. - 09.10.2009)

Aus dem Parlament

Ausschuss für Binnenmarkt legt Zeitplan für Zahlungsverzugs-Richtlinie fest

Am 6. Oktober tagte der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlamentes in Brüssel, um den Zeitplan für die weitere Behandlung des Richtlinienvorschlages zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr festzulegen. Ferner lud Schattenberichterstatter Jürgen Creutzmann (ALDE, D) zu einer Diskussion im Rahmen einer Pressekonferenz am 7. Oktober zu diesem Thema ein...

Aus der Kommission

Lokale Beschäftigungsentwicklung und soziale Verantwortung von Unternehmen

Am 6. Oktober veranstaltete die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission ein Seminar zur sozialen Verantwortung von Unternehmen in der lokalen Beschäftigungsentwicklung. Hauptgegenstand der Diskussion war eine Studie der KMU Forschung Austria, die sich v. a. mit beschäftigungspolitischen Belangen befasst und darauf eingeht, wie durch verschiedene Aktivitäten die lokale Wirtschaft und der lokale Arbeitsmarkt verbessert werden können...

EU-Depeschen

- *Vertrag von Lissabon - Iren sagen mehrheitlich Ja*
- *Fragebogen zur Neufassung der Trinkwasserrichtlinie online*
- *EP-Binnenmarktausschuss: Große Anhörung beim Initiativbericht zum Vergaberecht gefordert*
- *Zweiter Bericht zum Bürokratieabbau*
- *EREF stellt Preisbericht 2009 vor*
- *AdR-Initiativberichterstatter: Intensivierung der Donau-Kommunalpartnerschaften notwendig*
- *Korrektur - Zustimmung zur Fahrgastrechte-Verordnung*